



30. Sitzung (Sondersitzung)

Düsseldorf, Dienstag, 30. April 2013

Mitteilungen der Präsidentin	2545
Neue Entwicklungen beim Opel-Standort Bochum	
Unterrichtung durch die Landesregierung	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2812	
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2804	
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/2809	
Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2811	2545
Minister Garrelt Duin.....	2546
Norbert Römer (SPD).....	2548
Karl-Josef Laumann (CDU).....	2551
Reiner Priggen (GRÜNE).....	2553
Christian Lindner (FDP).....	2555
Simone Brand (PIRATEN).....	2557
Rainer Schmeltzer (SPD)	2558
Daniela Schneckenburger (GRÜNE)	2559
Drucksache 16/2812	
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2814	
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/2815	
Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2816	2560
Minister Garrelt Duin	2562
Oliver Wittke (CDU).....	2565
Reiner Priggen (GRÜNE)	2567
Dietmar Schulz (PIRATEN)	2568
Minister Garrelt Duin	2568
Karl-Josef Laumann (CDU)	2568
Ergebnis.....	2569
Nächste Sitzung	2570
Entschuldigt waren:	
Martin Börschel (SPD)	
Günter Garbrecht (SPD)	
Wolfgang Große Brömer (SPD)	
Marion Warden (SPD)	
Sven Wolf (SPD)	
Bernd Krückel (CDU)	
Theo Kruse (CDU)	
André Kuper (CDU)	
Claudia Middendorf (CDU)	
Ralf Nettelstroth (CDU)	
Norbert Post (CDU)	
Eckhard Uhlenberg (CDU)	
Henning Höne (FDP)	
Monika Pieper (PIRATEN)	

Beginn: 14:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle herzlich zu unserer heutigen, der 30. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen in der 16. Wahlperiode, die eine **Sondersitzung** ist. Mein Gruß gilt den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **14 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wie immer in das Protokoll aufgenommen.

Auch heute haben wir die angenehme Aufgabe, zwei Kollegen unter uns zu gratulieren, die heute ihren **Geburtstag** feiern. Von der Fraktion der SPD feiert Herr **Michael Hübner** seinen 40. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen feiert Herr **Mehrdad Mostofizadeh** seinen 44. Geburtstag. Auch Ihnen alles Gute und herzliche Glückwünsche!

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie noch darauf hinweisen, dass die Einberufung des Landtags gemäß Art. 38 Abs. 4 der Landesverfassung auf Antrag von 95 Abgeordneten der Fraktionen von CDU, FDP und den Piraten erfolgt ist. Diese Fraktionen haben nach § 20 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung die erforderliche Anzahl von Unterschriften – ein Viertel der Mitglieder des Landtages – vorgelegt. Ein Viertel der Mitglieder des Landtags entspricht der Zahl 60.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hat mit Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 29. April zu dem beantragten Tagesordnungspunkt eine Unterrichtung angemeldet. Die Unterrichtung wird durch den Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk eingebracht.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, muss ich zwei nichtförmliche Rügen aussprechen. Sie wissen, dass man förmliche und nichtförmliche Rügen immer nur in der unmittelbar darauffolgenden Plenarsitzung vornehmen kann. Diese findet heute statt.

Die erste **nichtförmliche Rüge** betrifft den Abgeordneten **Oliver Wittke** von der Fraktion der CDU. Herr Wittke hat sich in der 29. Plenarsitzung am 26. April 2013 mit einem Zwischenruf während der Rede des Herrn Abgeordneten Norbert Römer von der SPD-Fraktion im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte vor Eintritt in die Tagesordnung unparlamentarisch verhalten. Die in der Sitzung verwendete Formulierung werde ich wie immer hier nicht wiederholen. Herrn Kollegen Wittke bitte ich ganz herzlich – ich bitte Sie, das auch als Ermahn-

nung im Sinne einer nichtförmlichen Rüge zu verstehen –, derartige Ausdrücke zukünftig zu unterlassen. Dass ich Ihnen für den Fall des Nichtuntersagens dann auch die förmliche Rüge androhen muss, ist Ihnen bekannt.

Die zweite **nichtförmliche Rüge** betrifft Herrn Abgeordneten **Karlheinz Busen** von der Fraktion der FDP.

(Zurufe: Oh!)

Herr Busen hat in derselben Sitzung, der 29. Plenarsitzung am 26. April 2013, in seiner Rede zu TOP 1 auf einen Zwischenruf des Herrn Abgeordneten Mehrdad Mostofizadeh vom Bündnis 90/Die Grünen mit einer gegen Herrn Mostofizadeh gerichteten herabwürdigenden Äußerung reagiert und sich dadurch unparlamentarisch verhalten. Auch diese in der Sitzung von Herrn Busen verwendete Formulierung werde ich hier nicht wiederholen. An Herrn Busen richte ich dieselbe Bitte und gleichzeitig die Ermahnung, derartige Ausdrücke zukünftig zu unterlassen. Andernfalls müssten auch Sie mit einer förmlichen Rüge rechnen.

Nachdem die Kolleginnen und Kollegen das sehr sportlich genommen haben und offensichtlich auch sehen, treten wir gemeinsam in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

Neue Entwicklungen beim Opel-Standort Bochum

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2812

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2804

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2809

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2811

Ich hatte schon vorgetragen, dass die Fraktionen entsprechend § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung diese Sondersitzung unter Angabe der vorgenannten Tagesordnung beantragt haben und dass die Landesregierung ebenfalls eine Unterrichtung angemeldet hat.

Die Fraktionen haben sich auf die in der Einladung und Tagesordnung ausgedruckten Redezeiten ver-

ständigt. Gerade eben hat es auch eine Verständigung über die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner gegeben. Sie wird so erfolgen, wie es der Ausdruck auch für die Redezeiten ausweist.

Zur Einbringung der Unterrichtung erteile ich Herrn Minister Duin das Wort.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Möglichkeit dieser Unterrichtung und dafür, dass wir mit dieser Sondersitzung des Plenums erneut die Gelegenheit haben, eine Debatte über die aktuelle Situation am Opel-Standort Bochum zu führen – über die Folgen der Entscheidung des Aufsichtsrates für die dort Beschäftigten, für das Land, für die Region, für die Stadt.

Die Opelaner und ihre Familien brauchen jetzt nämlich dringender denn je eine Perspektive, eine Antwort auf die Frage: Wie geht es weiter? Sie brauchen darüber hinaus ein deutliches Signal der Geschlossenheit der Landespolitik, dass wir ohne Wenn und Aber über alle Parteigrenzen hinweg an der Seite der Opelaner in Bochum stehen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Mit der Entscheidung des Aufsichtsrates der Adam Opel AG vom 17. April 2013, die Fertigung zum Ende des Jahres 2014 einzustellen und die Fahrzeugproduktion an einen anderen Standort zu verlagern, zog das Unternehmen die vorher angekündigten Konsequenzen aus der Ablehnung des Sanierungstarifvertrages durch die IG-Metall-Mitglieder des Bochumer Opel-Werks vom 21. März 2013.

Kernpunkte dieses Sanierungstarifvertrages waren vier Punkte:

1. das Auslaufen der Fahrzeugproduktion Ende 2016,
2. der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis Ende 2016,
3. eine Transfergesellschaft bis zum Ende des Jahres 2018 und
4. der Aufbau eines Komponentenwerkes in Bochum sowie die Weiterentwicklung des Warenverteilzentrums.

Diese vier Eckpunkte standen in der öffentlichen Debatte vor der Abstimmung klar unter dem Vorbehalt der Annahme des Sanierungstarifvertrages.

Die Ablehnung, die wir auch in den hier geführten Debatten bewertet haben, des Sanierungstarifvertrages musste, jedenfalls nach Auffassung des Unternehmens, zum Erlöschen des Gesamtpaketes dieses Angebotes führen.

Allein die Gründung der Entwicklungsgesellschaft „Bochum Perspektive 2022“ wurde zu keinem Zeitpunkt der Verhandlungen durch das Unternehmen konditioniert oder infrage gestellt, wie auch der Opel-Vorstandsvorsitzende, Dr. Karl-Thomas Neumann, in seinem Brief vom 28. März 2013 an den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses dieses Hauses mitgeteilt hat.

Aus den Zeilen von Dr. Neumann geht ebenfalls klar hervor, dass alle anderen Angebote unter dem Vorbehalt der Annahme des Sanierungstarifvertrages standen.

Diese Information hat in aller Klarheit verschiedenen Vertretern dieses Hauses am Tage der Abstimmung im Opel-Werk in Bochum vorgelegen – auch Vertretern der CDU-Fraktion, nachdem an diesem Tage ein Vertreter der Adam Opel AG bei Ihnen war und Sie über diese verschiedenen Szenarien mit allen Konsequenzen inklusive der Folgen für das Warenverteilzentrum informiert hat. Das ist mir in dieser Woche noch einmal durch Opel bestätigt worden.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Karl-Josef Laumann [CDU]: Was machen Sie jetzt, Herr Minister? Was machen Sie hier? – Gegenrufe von der SPD – Karl-Josef Laumann [CDU]: Wie war denn Ihre Rede vom Donnerstag?)

Es mag sein, dass sich in den Tagen nach der Aufsichtsratssitzung vom 17. April 2013 der eine oder andere Hoffnungen gemacht hatte, dass Teile dieses von mir gerade noch einmal skizzierten Gesamtangebotes des Sanierungstarifvertrages erhalten bleiben. Angekündigt war das nicht – weder für die Komponentenfertigung, die in der Folge auch kaum noch jemand öffentlich eingefordert hat, noch für das Verteilzentrum, so wünschenswert dies wäre.

Stattdessen wurden von der Adam Opel AG in der vergangenen Woche unmittelbar nach unserer Debatte in diesem Hause die bekannten Folgen der Entscheidung des Aufsichtsrats, wie ich finde, ohne Not, noch einmal öffentlich bekräftigt – aus meiner Sicht zu laut, zum falschen Zeitpunkt und ohne den Gesamtzusammenhang zu erklären. Unabhängig von der Art und Weise, wie das Unternehmen Pressearbeit macht: Wir halten diese Entscheidung auch inhaltlich für falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vertrauensbildende Maßnahmen hören sich anders an. Erkennbar sollten hier die Bedingungen für weitere Gespräche, insbesondere vor der Einigungsstelle, wo es zur Stunde um die Getriebefertigung geht, gestaltet werden.

Die Art und Weise der Öffentlichkeitsarbeit des Unternehmens war wenig hilfreich, sie war sogar kontraproduktiv. Ich werte das als Muskelspiel vor dem Treffen heute vor der Einigungsstelle. Die Art und Weise, wie die Mitteilung gehandhabt wurde – sie

erst herauszuschicken, sie dann mit einer Sperrfrist zu versehen, sie nach der Debatte hier freizugeben –, spricht für sich selbst. Dieses Kalkül des Unternehmens darf uns aber in unserer Arbeit an einer Perspektive für Bochum nicht irritieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Denn es muss jetzt darum gehen, so schnell wie möglich dafür zu sorgen, dass Betriebsrat und Management wieder zu Gesprächen über diese Perspektiven für die Beschäftigten und die Entwicklung des Standorts zusammenkommen.

(Zurufe von der CDU)

Das erreichen wir sicher nicht durch den höchstmöglichen Empörungsmodus, weder hier noch vor den Fabriktoren.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Aber auch nicht durch Schlafen!)

Das kann nur gelingen, wenn wir versuchen, vertraulich, diskret auf die Beteiligten einzuwirken, damit verloren gegangenes Vertrauen zurückgewonnen werden kann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Die Gespräche zeigen sehr deutlich: Ohne Gesichtsverlust aufeinander zuzugehen, das ist bislang für beide Seiten das Schwierigste.

Die Landesregierung wird sich wie schon in den vergangenen Monaten weiter mit aller Kraft gegenüber der Adam Opel AG für die Zukunft des Standorts Bochum und für die dort Beschäftigten einsetzen. Die jetzt anstehenden Aufgaben sind sehr klar: Das Land wird alles tun, damit Betriebsrat und Management die Gespräche zur weiteren Entwicklung des Standorts Bochum beginnen oder wieder aufnehmen.

Ziel ist es, schnell Klarheit über die Zukunft für die Beschäftigten des Warenverteilzentrums und den Aufbau einer Komponentenfertigung zu bekommen. Denn eines ist doch klar: Das Unternehmen braucht ein solches Logistikzentrum, nicht zuletzt, um die vielen Händler im Ballungsraum an der Ruhr zu versorgen. Die Chance, darüber zu reden, darf nicht vertan werden.

Übrigens ist weiterhin unklar – ich habe das am Donnerstag hier ebenfalls gesagt –, wo der Opel Zafira ab 2015 produziert werden kann und soll. Auch darüber muss bald Klarheit geschaffen werden.

Die zwischen Unternehmen und Stadt noch bestehenden Fragen zur Gründung der Entwicklungsgesellschaft „Bochum Perspektive 2022“ bedürfen einer schnellen Klärung. Das Land begleitet diesen Prozess intensiv.

Danach muss sich die Gesellschaft – der Beirat wird sich am 17. Mai erneut treffen – unverzüglich mit der Entwicklung von Zukunftsperspektiven für den Standort Bochum und die Region befassen und ihre Arbeit aufnehmen. Die Landesregierung wird alle Prozesse zur Sicherung und Schaffung von Beschäftigung sowie die Entwicklung der nicht mehr benötigten Werksflächen intensiv begleiten und, soweit das beihilferechtlich zulässig ist, entsprechend fördern. Wir stehen Gewehr bei Fuß. Wir werden nichts unversucht lassen, um eine solche Perspektive zu schaffen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wer auf dieser sachorientierten Ebene mitarbeiten will, ist dazu herzlich eingeladen. Im Interesse der Opelner und ihrer Familien ist jede Unterstützung willkommen. Dazu braucht man aber Anstand und Seriosität,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Anstand und Seriosität, die Herr Laumann vermissen lässt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Stattdessen gibt es Ablenkungsmanöver und Behauptungen, die infam sind. Nachdem Ihre Attacken am Donnerstag nicht überzeugt haben, versuchten Sie es am Freitag aufgrund angeblich neuer Informationen.

(Zuruf von der CDU: Angeblich? – Weitere Zurufe von der CDU)

Das einzig Neue am Donnerstagnachmittag war die Freigabe der Pressemitteilung.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Unglaublich, was Sie machen!)

Darüber hat mich der Betriebsratsvorsitzende gegen 17 Uhr – ich glaube auch Sie, Herr Laumann – informiert.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Nein!)

Ich maße mir nicht an, wen auch immer dafür zu kritisieren, nicht immer alles zu lesen, alles wahrzunehmen oder zu interpretieren. Aber wenn man so ein Fass aufmacht wie Herr Laumann, dann muss man schon genauer hingucken. Es war eine dpa-Meldung, die bei vielen ihren Niederschlag gefunden hat.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Erst nichts tun und dann Leute beschimpfen! – Holger Müller [CDU]: Versager!)

Ich zitiere jetzt nur das, was ich mir aus „DerWesten“ herausgezogen habe unter der Überschrift – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –: „Opel-Management erhöht den Druck auf Bochumer Beschäftigte“. In dem Artikel erklärt ein Unterneh-

menssprecher, was nach der Ablehnung des Tarifvertrages passieren wird. Hierzu heißt es:

„Es bleibe dabei, bereits Ende 2014 die Fahrzeugproduktion in Bochum zu beenden.“

Es heißt dort weiter:

„Etwa 3.300 Opel-Mitarbeiter und mehr als 400 Mitarbeiter in einem als Joint Venture betriebenen Warenverteilzentrum sind damit von baldiger Arbeitslosigkeit bedroht.“

Diese Meldung trägt das Datum 22. März 2013. Das ist der Tag nach der Abstimmung.

(Zurufe von der SPD)

Ich frage Sie, Herr Laumann: Was haben Sie an den Worten „betriebenen Warenverteilzentrum“ und „400 Mitarbeiter sind damit von baldiger Arbeitslosigkeit bedroht“ nicht verstanden?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lutz Lienenkämper [CDU]: Was haben Sie am Donnerstag erzählt? Das ist Ablenkung erster Ordnung!)

Oder: Wann haben Sie beschlossen, diese Information auszublenden?

Es ist für jeden sichtbar: Das dünne Eis, Herr Laumann, auf das Sie sich begeben haben, ist – wen wundert's? – unter Ihnen zusammengebrochen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU] schüttelt mit dem Kopf.)

Sie gerieren sich in der Öffentlichkeit als Linkspartei mit dunklem Anzug.

(Heiterkeit von den PIRATEN)

Jeder merkt: Hier wird Theater gespielt. Es gibt keine Substanz. Das ist nur Show.

(Zustimmung von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Wer noch einen Beweis dafür braucht, dass es hierbei um nichts anderes als um Theater geht, hat diesen Beweis heute Mittag bekommen. Ich habe von diesem Pult aus in der Debatte am letzten Donnerstag alle Fraktionen eingeladen,

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Ja!)

regelmäßig und von mir aus wöchentlich mit mir vertrauliche Gespräche über den jeweils aktuellen Sachstand zu führen. Ich habe Sie eingeladen noch am vergangenen Donnerstag.

(Zuruf von Holger Müller [CDU])

Sie von der CDU haben mir gestern abgesagt. Heute Mittag waren die Piraten da, die Sozialdemokraten, die Grünen und die Liberalen. Die einzige, die

nicht da war, war die Christlich Demokratische Union.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN – Zurufe von der SPD: Pfui! Schämt euch! – Weitere Zurufe)

Deswegen, lieber Herr Laumann, zitiere ich mit Erlaubnis der Präsidentin aus dem Kommentar von Herrn Wels in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom vergangenen Samstag. Vielleicht führen Sie sich das einmal vor Augen. Er sagt zum Abschluss seines Kommentars, in dem er übrigens darauf verzichtet, irgendwelche Schuldzuweisungen vorzunehmen:

„Ein wenig Ruhe jetzt tut gut. Und dann sollte es allein um eines gehen: möglichst viele Arbeitsplätze möglichst lange zu erhalten.“

(Lothar Hegemann [CDU]: Und was machen Sie?)

Es geht weiter:

„Betriebsrat und IG Metall – sie müssen zueinander finden. Wie auch der gesamte Landtag. Nur ein klares Signal der Geschlossenheit wird in Rüsselsheim gehört.“

Herr Laumann, eine Chance haben Sie noch: jetzt!

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN – Zurufe von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Wir kommen jetzt zur Aussprache über die Unterrichtung.

Bevor ich dem ersten Redner, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Römer, das Wort gebe, möchte ich alle Kolleginnen und Kollegen darauf hinweisen, dass zwischenzeitlich ein weiterer Entschließungsantrag eingegangen ist, und zwar von der Fraktion der CDU. Er trägt den Titel „Bochum braucht eine faire Chance“. Er wird zurzeit gedruckt und anschließend verteilt werden. Wenn die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer schon einmal schauen wollen – der Entschließungsantrag liegt hier oben zur Einsicht aus.

Damit hat jetzt Herr Kollege Römer für die SPD-Fraktion das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute eine Sondersitzung, weil es, Herr Kollege Laumann, der Fraktion der CDU am vergangenen Freitag überhaupt nicht um Opel ging.

(Zurufe von der CDU)

Es ging ihr darum, von einer anderen Diskussion abzulenken bzw. zu versuchen, davon abzulenken, denn es ist ihr nicht gegückt. Es ging nämlich darum, den GAU zu vertuschen, den die abgewählte Landesregierung unter Rüttgers mit den Uhlenberg-Klausner-Verträgen ausgelöst hatte.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU – Lachen von Lutz Lienenkämper [CDU])

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie wollten davon ablenken, dass mit diesen unsäglichen Verträgen der abgewählten Rüttgers-Regierung bzw. des Ministers a. D. Eckhard Uhlenberg eine Schadenssumme auf Nordrhein-Westfalen in einer Größenordnung zurollt, die uns atemlos macht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Begründung für die heutige Sondersitzung des Plenums ist deshalb mehr als dürfig: Zeitungsveröffentlichungen, in denen zu lesen ist, dass Opel den Bochumer Standort komplett schließen wolle; der Minister hat das gerade ausführlich dargestellt.

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

Herr Kollege Laumann, der CDU geht es ganz offensichtlich nicht um Information, nicht um Fakten, nicht um Opel oder um Arbeitsplätze. Nein, die CDU versucht mit allen Mitteln, eine Legende zu konstruieren – voller Unterstellungen und Mutmaßungen sowie voller falscher Darstellungen.

Sie unterstellen, Herr Kollege Laumann, der Landesregierung, einen Bogen um Opel zu machen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Jawohl!)

Sie behaupten und gaukeln vor, die Landesregierung habe sich nicht bemüht, mit dem Management von Opel zu reden. Das stellt der Abgeordnete Wittke falsch dar.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Sie versuchen, der Öffentlichkeit einen Bären aufzubinden, wenn Sie wie der Kollege Wittke behaupten,

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

die Landesregierung würde – Zitat – „tatenlos zusehen, wie ein Unternehmen einen Standort schließt, der gute Arbeit geleistet hat!“

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Tatsachen sprechen eine ganz andere Sprache.

(Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD)

Gerade konnten Sie das von Minister Duin noch einmal hören. Sie müssen nur zuhören, meine Damen und Herren, und weniger durch Zwischenrufe glänzen.

Der Wirtschaftsminister, meine Damen und Herren, hat seit seinem Amtsantritt

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Nichts geschafft! Nichts bewegt! – Karl-Josef Laumann [CDU]: Eine Katastrophe!)

eine Vielzahl von Gesprächen mit allen Beteiligten auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite geführt – mit den Verantwortlichen, bei der Stadt Bochum und in der Region. Dazu gehören sowohl die Vertreter der IG Metall, des Bochumer Opel-Betriebsrates als auch mittlerweile drei Vorstandsvorsitzende und der Aufsichtsratsvorsitzende der Adam Opel AG.

Auch in der Öffentlichkeit hat sich der Wirtschaftsminister für die Landesregierung unablässig für die Verlängerung der Fahrzeugproduktion in Bochum eingesetzt und bei der Adam Opel AG energisch und frühzeitig Anschlusslösungen angemahnt.

Nach der Ablehnung des Sanierungstarifvertrags am 21. März 2013 hat sich der Wirtschaftsminister – das gilt bis heute – als Vermittler zwischen den Beteiligten angeboten. Am 22. März hat der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk den Wirtschaftsminister einmütig bei diesem Bemühen unterstützt und ihn beauftragt, Gespräche mit Gewerkschaft, Betriebsrat und dem Opel-Management in diesem Sinne fortzusetzen. Das sind die Fakten, auch wenn Sie sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Herr Kollege Laumann, ich räume das doch gerne ein: Selbstverständlich muss eine Opposition ihre Rolle wahrnehmen.

(Christian Lindner [FDP]: Wie generös!)

Sie üben ja noch. Vielleicht gelingt es Ihnen irgendwann. Aber, Herr Kollege Laumann, wenn Ihr Antrieb für Ihre Kritik an der Landesregierung wäre, die Lage für die Kolleginnen und Kollegen bei Opel zu verbessern, hätte ich doch Verständnis – auch für harte Auseinandersetzungen, auch für knallharte Angriffe. Aber nicht die Sorge um Opel und Bochum, um die Kolleginnen und Kollegen und deren Zukunft treibt Sie. Nein! Es geht Ihnen einzig und allein um kleinkarierte parteipolitische Feldvorteile. Es geht Ihnen um die Diffamierung der Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es geht Ihnen, Herr Kollege Laumann, vor allem darum, die Sozialdemokratische Partei mit Schmutz zu bewerfen. Und dafür ist Ihnen offensichtlich jedes Mittel recht. Jedes!

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Warten Sie mal ab!)

Der CDU-Abgeordnete Wittke hat dafür den schlagenden Beweis geliefert. Er hat am Freitagmorgen bei meiner kurzen Begründung zur Ablehnung Ihres Geschäftsordnungsantrags endgültig die Maske fallen lassen. Sein geplanter Zwischenruf „Wer hat

Opel verraten?" ist entlarvend. Denn mit diesem Griff in das kommunistische Agitations- und Diffamierungsarsenal gegen die Sozialdemokratie haben Sie, Herr Kollege Wittke, die Grenze jedweder demokratischen Auseinandersetzung überschritten!

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Karl-Josef Laumann [CDU]: Die Not muss groß sein! Unglaublich! – Weitere lebhafte Zurufe)

Meine Damen und Herren von der CDU, das ist schon dreist. Ihre Reaktion zeigt, dass Sie noch immer nicht begriffen haben und nicht begreifen wollen, dass damit eine Grenze in der demokratischen Auseinandersetzung überschritten ist.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Hier im Landtag steht in der Bürgerhalle seit einigen Tagen eine viel beachtete historische Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum 150. Geburtstag der SPD.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: So jämmerlich wie ihr waren die nicht! – Zurufe von der SPD: Rüpel! Frechheit! – Weitere lebhafte Zurufe)

Diese Ausstellung, Herr Kollege Laumann – Sie sollten sich das mal anschauen –, zeigt auch auf, wie die deutsche Sozialdemokratie in der Zeit der Weimarer Republik als Verteidigerin der demokratischen Republik mit diesem diffamierenden Verratsvorwurf von Kommunisten und Nazis angegriffen worden ist

(Armin Laschet [CDU]: Da ward ihr noch Kämpfer, ja!)

und wozu das am Ende geführt hat. Gucken Sie sich das an!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich füge hinzu: Gerade mit Blick auf unsere Parteigeschichte, Herr Kollege Wittke, weise ich Ihren unsäglichen, Ihren unerträglichen Angriff auf uns zurück. Wir jedenfalls haben in diesen 150 Jahren unseren Namen nicht ändern müssen! Und darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN – Beifall von der Regierungsbank)

Wenn der Kollege Wittke Mut hätte, dann würde er sich vor allen Dingen vor diesem Hohen Haus für eine solche Entgleisung entschuldigen. Aber ich habe die Hoffnung aufgegeben, dass es Ihnen um Mut geht. Ihnen geht es doch einzig und allein darum, Legendenbildung zu betreiben. Aber dafür, meine Damen und Herren von der CDU, ist hier kein Platz, heute schon gar nicht. Lassen Sie das doch endlich sein!

(Lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

Ja, meine Damen und Herren, die Lage ist sehr ernst. Der Wirtschaftsminister hat darauf hingewiesen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Sagen Sie mal was Neues!)

In einem Schreiben vom 28. März 2013 an den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses schreibt der Vorstandsvorsitzende von Opel, Dr. Thomas Neumann – ich zitiere –:

„Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sich nun darauf einstellen, dass mit Ende des Jahres 2014 die Produktion in Bochum ausläuft.“

Eine endgültige Entscheidung, den Standort Bochum Ende 2014 vollständig aufzugeben, wäre – das ist doch völlig klar – ein schwerer Schlag für die Beschäftigten, für die Stadt Bochum, für die Region. Deshalb muss von dieser heutigen Debatte ein klares Zeichen ausgehen. Ja, ich sage es noch einmal: Kommen Sie endlich runter von diesen Diffamierungsabsichten und Legendenbildungen! Der Landtag sieht sich an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und wird alle Maßnahmen und Aktivitäten unterstützen, die zur Sicherung und Schaffung von Wertschöpfung, von Arbeitsplätzen beitragen und klare Zukunftsperspektiven für den Standort fördern. Das ist unsere Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Um drei Dinge geht es – ja, ich kann den Wirtschaftsminister nur unterstützen –:

Erstens. In der aktuellen Situation muss es zunächst das Ziel sein, so schnell wie möglich den Gesprächsfaden zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern über die weitere Entwicklung des Standortes und die Perspektiven für die Beschäftigten wieder aufzunehmen und eingetretene Verhärtungen abzubauen. Dazu wäre die Unterstützung aller Fraktionen dieses Landtages hilfreich: Unterstützung für die Landesregierung bei ihrem intensiven Bemühen, diese Gespräche im Interesse der Beschäftigten unverzüglich herbeizuführen. Dafür sollten Sie sich einsetzen. Das würde helfen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zweitens. Bei diesen Gesprächen muss es um klare und verlässliche Aussagen hinsichtlich der Zukunft des Warenverteilzentrums ebenso gehen wie um die Frage einer möglichen Komponentenfertigung ab 2014 und um eine einvernehmliche Lösung hinsichtlich der darüber hinaus zur Verfügung stehenden Werksflächen. Das sind doch entscheidende Punkte, um die es dabei geht.

Drittens, meine Damen und Herren: Der Landtag begrüßt das Bestreben der Landesregierung, die

Entwicklungsgesellschaft „Bochum Perspektive 2022“ und die von ihr entwickelten Projekte und Perspektiven im Rahmen des förderrechtlich Zulässigen zu unterstützen. Dabei muss es um die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen gehen. Das muss im Mittelpunkt stehen, meine Damen und Herren.

Das heißt doch nichts anderes: Die Entwicklungsgesellschaft „Bochum Perspektive 2022“ muss jetzt schnell für die Ansiedlung von Unternehmen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region eingesetzt werden können.

(Christian Lindner [FDP]: Das macht sie doch!)

Die Verhandlungen zur rechtlichen Umsetzung dieser Gesellschaft zwischen der Stadt Bochum und der Adam Opel AG laufen doch schon. Herr Lindner, Sie wissen das doch. Herr Brockes weiß das doch auch und kann Ihnen das doch gleich berichten. Die Verhandlungen sind doch durch das Land intensiv weiter zu begleiten. Diese Gesellschaft soll durch einen Beirat unabhängiger Experten unterstützt werden.

Das ist es, worauf es ankommt, meine Damen und Herren. Dafür lohnt es sich, tatsächlich auch gemeinsam zu kämpfen. Dazu lade ich Sie ganz herzlich ein. – Glück auf, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die CDU-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Laumann, das Wort.

(Zurufe von der SPD – Gegenruf von Lothar Hegemann [CDU])

Karl-Josef Laumann (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Wirtschaftsminister, lieber Kollege Römer, als ich Ihre Reden und – das sage ich ganz deutlich – auch Ihre aus meiner Sicht nicht gerechtfertigten Attacken hier gehört habe,

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD)

da habe ich gedacht: Hier werden jetzt Attacken geritten, weil man selber ein schlechtes Gewissen hat, weil man bis zur Stunde für Opel in Bochum nichts erreicht hat!

(Lebhafter Beifall von der CDU – Beifall von der FDP)

Das kann man ja so machen.

(Karl Schultheis [SPD]: Einige haben ein Ge-wissen, und andere haben eben keines!)

Aber da muss man sich eben auch an dem messen lassen, was war. – Am Freitagmorgen titelte die „WAZ“: „Opel will ganz aus Bochum verschwinden“. – Noch am Donnerstag haben Sie hier, Herr Minister, an dieser Stelle gesagt – noch am Donnerstag! –, dass die Zukunft des Logistikzentrums offen ist.

(Lebhafte Zustimmung von der CDU)

Die Debatte war hier kaum verklungen, da wurde die Schließung dieses Logistikzentrums amtlich mitgeteilt!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben in der gleichen Debatte den Eindruck erweckt, als sei das, was wir hier machen, dass darüber im Landtag debattiert wird, eher schädlich. Besser sei die Diplomatie. Sie haben hier eindrucksvoll dargestellt, mit wem Sie alles in Gesprächen sind für eine gute Zukunft bei Opel in Bochum.

Ich stelle nur fest: Diese Gespräche haben ein Ergebnis. Das Ergebnis heißt: Es bleibt von Opel in Bochum nichts übrig. Und damit haben Sie nichts erreicht!

(Lebhafter Beifall von der CDU – Beifall von der FDP)

So wie Sie das dargestellt haben, bleiben ja nur zwei Schlussfolgerungen übrig. Sie haben gesagt, Sie seien mit allen in Gesprächen. Wenn man dann einfach so eine Entscheidung trifft, ohne mit Ihnen zu reden, dann sind Sie anscheinend für Opel kein relevanter Gesprächspartner. Sonst könnte so etwas ja nicht passieren.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD – Zuruf von der SPD: Weniger Polemik!)

Und wenn Sie heute in der Debatte sagen, jeder habe gewusst, dass das diese Konsequenzen habe, wenn der Tarifvertrag abgelehnt wird, und deswegen hätten wir alle gewusst, was passiert, dann kann ich Ihnen nur sagen: Erstens steht das im Widerspruch zu Ihrer eigenen Rede am Donnerstag. Zweitens steht das im Widerspruch zu den Meldungen der „Bild“-Zeitung, wonach die Ministerpräsidentin gesagt hat, sie habe erst am Nachmittag von der Schließung des Logistikzentrums erfahren.

(Zuruf von der SPD: Ein ganz starkes Argument! – Lachen von der SPD)

Drittens steht es damit in Widerspruch, dass Frau Gödecke als ehrliche Abgeordnete auf ihrer Homepage sinngemäß schreibt, sie sei überrascht. Und das Beste ist, dass die SPD am Donnerstagabend um 19:03 Uhr noch eine Pressemeldung herausgegeben hat, in der sie die Zukunft des Logistikzentrums beschworen hat!

(Lebhafter Beifall von der CDU – Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Das Ergebnis ist völlig klar: Opel will so schnell wie möglich aus Bochum weg und noch möglichst viel Geld mitnehmen. Und zu diesen Machenschaften von Opel schweigt die Regierung! Das ist das Ergebnis.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD:
Unverschämt!)

Wenn man ein solches Ergebnis hier im Landtag vorstellen muss – dass man dann zu solchen demagogischen Mitteln greift, wie Sie es getan haben, das mag jeder bewerten, wie er will.

(Zuruf von der SPD: Lebloser Reflex!)

Auf jeden Fall muss ich eines schon sagen: Wenn ich durch die Ausstellung „150 Jahre SPD“ unten im Landtag gehe,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Da kannst du was lernen!)

dann sehe ich: Das ist ohne Frage die großartige Geschichte einer deutschen Volkspartei. Dann glaube ich auch, dass diese Partei schon Vertreterinnen und Vertreter hatte, die erfolgreicher für Arbeitnehmerinteressen und für Industriestandorte eingetreten sind als die jetzige Landesregierung von Nordrhein-Westfalen!

(Sehr lebhafter Beifall von der CDU – Beifall von der FDP)

Ja, ich meine, die richtigen Arbeiterführer trugen auch nicht solche Anzüge wie Sie. Ich kann ja auch einmal auf diese Ebene gehen.

(Zurufe von der SPD)

Ich will Ihnen nur eines sagen. Das Ergebnis ist: Die Standorte Kaiserslautern, Rüsselsheim und Eisenach gehen aus dieser Opel-Krise gestärkt hervor. Bochum wird platt gemacht, und die Landesregierung hat kein Konzept, was sie dagegenhalten kann!

(Lebhafter Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das ist das Ergebnis dessen, was im letzten Jahr passiert ist.

(Zurufe von der SPD)

Dann, Herr Duin, haben Sie heute etwas gesagt, was Sie vielleicht nachher richtigstellen sollten, wenn Sie es nicht so gemeint haben. Zum Einstieg Ihrer Rede haben Sie gesagt: Weil die Belegschaft diesen Tarifvertrag abgelehnt hat, musste hier jeder wissen, dass das dann bedeutet, dass Opel ganz aus Bochum weggeht. Wissen Sie, dass Sie mit dieser Aussage die Verantwortung dafür, was jetzt in Bochum passiert, einseitig der Belegschaft von Opel in die Schuhe schieben?

(Lebhafter Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Lebhafte Zurufe von der SPD)

Das ist auf jeden Fall ein Vorgehen einer Landesregierung, das einzigartig ist und das ich mir insbesondere von einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung nicht einmal erträumt hätte. Wenn Sie es anders meinen, können Sie es ja richtigstellen. Aber das ist der Eindruck, der durch Ihre Rede, Herr Wirtschaftsminister, entstanden ist.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Nadja Lüders [SPD] – Marc Herter [SPD]: Versuchen Sie jetzt nicht, ihm die Worte im Mund herumzudrehen!)

Ich glaube, dass es vielen Menschen in Nordrhein-Westfalen so geht wie mir, wenn man den Tarifvertrag liest, der zwischen der IG Metall und Opel vereinbart worden ist, der in der Belegschaft von Opel in Bochum keine Mehrheit gefunden hat. Wir waren uns in der letzten Sitzung am Donnerstag einig, dass ein solches Abstimmungsergebnis der Belegschaft zu akzeptieren ist; das ist eine Selbstverständlichkeit. Aber aufgrund der persönlichen Betroffenheit und auch der Lebensleistung, die Menschen über 50 Jahre für dieses Werk erbracht haben, ist es gewiss verständlich. In diesem Tarifvertrag steht vor allen Dingen, dass es weiterhin Opel in Bochum geben wird. In diesem Tarifvertrag hat man abgemacht, dass es natürlich die Logistik dort geben wird und es inklusive Logistik bis zu 1.200 Arbeitsplätze geben soll. Da ist auch die Rede von Spritzgusstechnik, von Kaltverformung.

Meine Meinung ist: Wenn das alles in den Tarifvertrag hineingeschrieben worden ist, weil es für Opel sinnvoll ist, sollte es unser gemeinsames Bestreben sein, dass durch eine Abstimmung der Belegschaft nicht eine Stimmung entsteht, dass Sinnvolles jetzt nicht mehr gemacht wird.

Wenn man es so sieht, ist das, was Opel zurzeit macht, eine Strafaktion gegen eine Belegschaft, die anders abgestimmt hat, als Opel es sich gewünscht hat.

(Beifall von der CDU)

Da hätte ich mir eine Landesregierung gewünscht, die sich vor die Belegschaft stellt.

Deswegen sollte der Landtag auch heute zum Ausdruck bringen – das steht in unserem Entschließungsantrag –, dass wir eben nicht der Meinung sind, dass es gerechtfertigt ist, dass jetzt von einer Unternehmensleitung eine Belegschaft bestraft wird, weil sie einen Tarifvertrag nicht so abgestimmt hat, wie sie es sich vielleicht gewünscht hätte. Oder im Tarifvertrag hat etwas gestanden, was unsinnig ist.

(Beifall von der CDU)

Zweiter Punkt: Wir sind der Meinung, dass die Betroffenen natürlich in Gespräche kommen müssen. Ich glaube, darüber gibt es hier keine Meinungsverschiedenheit.

(Nadja Lüders [SPD]: Deswegen gehen Sie ja nicht hin! – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das ist die richtige Antwort!)

Und der dritte Punkt ist: Die einzige Forderung an diese Landesregierung ist, dass sie in diesen Gesprächen ein ehrlicher Makler ist, damit auch das, was abgemacht wird, am Ende eingehalten wird. Ich finde, das ist gegenüber einer Landesregierung auch nicht zu viel verlangt.

Ich glaube, wenn Sie diese Zusammenhänge sehen, Herr Römer und Herr Duin, und sich dann vorstellen, wie Sie gerade in diese Debatte eingestiegen sind, dann macht das deutlich, was Sie haben: Sie haben in Wahrheit ein schlechtes Gewissen,

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: ... im Gegensatz zu Ihnen!)

weil Sie die Verlierer in dem Poker um Opel-Standorte in Deutschland sind, und zwar in einem Umfang, den ich selber nicht für möglich gehalten habe, dass am Ende gar nichts bleibt, dass Sie nichts nach Hause bringen, dass Sie völlig versagt haben. Und das weiß auch jeder in diesem Land.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich behaupte, dass das daran liegt – den Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen –, dass das Thema „Opel“ in der Landesregierung nicht die nötige Relevanz gehabt hat; denn sonst hätte dieses Ergebnis besser ausgesehen.

(Zuruf von der SPD: Sie meinen 2010!)

Und das Symbol der Relevanz des Themas „Opel“ in dieser Landesregierung ist, dass am Donnerstag in einer Opel-Debatte der Arbeitsminister lieber in Berlin ist, um als siebter Redner einer Bundestagsdebatte aufzutreten, anstatt in einer Opel-Debatte zu sein. Da wird die Relevanz dieses Themas in Ihrem Kabinett deutlich.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Lebhafte Zurufe von der SPD)

Deswegen möchte ich zum Schluss noch einmal sagen, dass es trotz aller Bewertungen über die Rolle der Landesregierung in den letzten Monaten, die ja kaum erkennbar ist, hier im Landtag weiterhin eine Einheit gibt. Ja, wir wollen möglichst viel Opel in Bochum erhalten. Wir wollen, dass die miteinander reden. Wir sind der Meinung, dass das, was damals sinnvollerweise im Tarifvertrag stand, auch heute sinnvoll sein muss. Dafür sollte aber letzten Endes die Landesregierung eine Brückenbauerfunktion übernehmen, und der sollten Sie sich auch nicht verwehren, selbst auf die Gefahr hin, dass man keinen Erfolg hat. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN – Leb-

hafte Zurufe von der SPD – Zuruf von der SPD: Das war zu dünn, Herr Laumann!)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Laumann, als Allererstes will ich Ihnen sagen: Wenn sie jemanden zitieren, dann sollten Sie sich nicht angewöhnen, falsch zu zitieren und falsche Dinge zu behaupten.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie haben eben behauptet, Minister Duin hätte gesagt, die Zukunft des Logistikzentrums sei offen. Das ist nicht richtig. Er hat ganz korrekt angesprochen: Es gibt keine Klarheit über die Fragen des Logistikzentrums.

(Lachen von der CDU – Zuruf von Christian Lindner [FDP] – Armin Laschet [CDU]: Es gab Klarheit!)

– Nein, nein. Das, was er gesagt hat, ist völlig richtig. Das wissen Sie ganz genau.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

– Nein, nein. Hören Sie auf! Sie wissen es ganz genau: Es gibt seit Monaten Gespräche darüber, ob bei den drei Flächen von Opel Bochum die Flächen 2 und 3 für andere Zwecke zur Verfügung gestellt werden und ob das Logistikzentrum auf die Fläche 1 kommt. Das mündet in diesen Tarifvertrag, in dessen Zusammenhang man sogar diskutiert hat, dass es 150 Arbeitsplätze zusätzlich gibt.

Dann ist vom Pressesprecher von Opel – lange vor unserer Debatte – die Meldung gekommen, wie richtig zitiert worden ist, dass nicht nur die vorhandenen über 3.000 Arbeitsplätze, sondern auch die rund 400 im Logistikzentrum infrage stehen. Von daher wussten wir alle, anders als es ausverhandelt war, dass hier wesentlich mehr in der Gefahr ist, nicht mehr zum Zuge zu kommen. Das hat er ehrlich benannt. Wenn er sagt, die Zukunft ist unklar, heißt das nichts anderes, als dass man darum ringen muss, damit das nicht abgeschafft, sondern so, wie ursprünglich vereinbart, ausgebaut wird.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Laumann, ich will das im Interesse der Beschäftigten ganz sauber trennen. Was Sie gesagt haben, ist richtig, dass ganz klar gelten müsse, dass das, was im Tarifvertrag zwischen IG Metall und Konzernleitung ausgehandelt worden ist, vernünftig war, und dass das, was betriebswirtschaftlich und betrieblich vernünftig für Opel war, nämlich das Wa-

renvertriebszentrum auszubauen und die Teilefertigung dorthin zu holen, nach wie vor gelten muss und dass keinerlei Bestrafungsaktion gegen Bochum laufen darf. Das würde ich auch an jeder Stelle unterstützen. Es muss unser Ziel sein, dies jetzt tatsächlich in Bewegung zu setzen.

Ich habe die Rede des Wirtschaftsministers noch einmal Wort für Wort durchgelesen. Ich fand, es war eine sehr maßvolle und nüchtern beschreibende, richtige und in allen Punkten zutreffende Rede, um das einmal ganz klar zu sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Diskussion darum, dass die SPD ein schlechtes Gewissen haben müsste, ist völlig albern. Ich finde das vor dem Hintergrund der Diskussion um Opel völlig daneben. Die Diskussion um Opel führen wir hier seit Jahren. Ich bin 13 Jahre in diesem Hohen Haus. Wir haben sehr viele Opel-Diskussionen geführt, als wir und als Sie in der Regierung waren. Es war immer klar, dass der Opel-Standort Bochum für den Opel-Konzern ein Standort mit Schwierigkeiten ist, und zwar auch im Vergleich zu den anderen. Er hat Schwierigkeiten im Gesamtportfolio und auch hinsichtlich dessen, was man dort fertigt. Das wussten wir. Deswegen braucht niemand ein schlechtes Gewissen zu haben.

Die entscheidende Frage ist, ob man sich der Aufgabe stellt, ganz konsequent für Bochum herauszuholen, was herauszuholen ist, für die Menschen, die da beschäftigt sind, um möglichst viel von Opel und an Nachfolgebeschäftigung an diesem Standort zu haben, oder ob man es für eine ganz vordergründige populistische Debatte nutzt, wie das eben von Ihnen in weiten Teilen gemacht worden ist.

Die ganze Diskussion ist doch ein Stück weit unehrlich, wie Sie sie anzetteln, wenn Sie dem Wirtschaftsminister – das hat der Kollege Haardt beim letzten Mal gemacht – vorwerfen, er habe nicht alles öffentlich gemacht, was in den letzten neun Monaten diskutiert worden ist. Das kann er nicht. Das wissen wir alle, die wir über Opel diskutieren, die ganze Zeit, weil es in allererster Linie – das muss man doch klar sagen, und auch das ist in der Rede von Herrn Duin enthalten gewesen – eine Frage des Konzerns und der Arbeitnehmervertretung ist, darüber zu reden, wie sie das machen. Wir haben mit einem gewissen Respekt diese Diskussion zu begleiten und zu verfolgen, aber wir müssen auch akzeptieren, dass die zunächst ihre Entscheidungen treffen. Die Landesregierung ist dann zur Unterstützung da.

Bis zu dem ausgehandelten Tarifvertrag und bis zu der Abstimmung in den Betrieben hätte niemand hinausgehen und sagen können: Wir wollen bei den einzelnen Teilflächen von Opel in Bochum dieses oder jenes anders machen. Das wäre doch gar nicht gegangen. Insofern kann man nur vernünftig vorarbeiten und das so machen, wie es gemacht

worden ist. Das kann man dann in der Folge auch weitermachen.

Man muss auch ehrlich sagen: Wenn es so ist, dass bei Opel jeder Auszubildende im dritten Lehrjahr über mehr Betriebszugehörigkeit verfügt als die gesamte Managementspitze, dann wirft das ein Licht auf das, was vom Konzern her bei Opel in den letzten 15 Jahren gemacht worden ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Man muss kein Opel-Fahrer sein – ich fahre seit 30 Jahren VW –, um zu sagen, Opel hat immer vernünftige, gute und zuverlässige Autos gebaut, die in Deutschland hohe Absatzzahlen gefunden haben. Es ist aber auch so, dass gerade das Management vom Mutterkonzern in den USA ganz grobe Fehler gemacht hat und gegenüber Opel unfair gewesen ist. Stellen Sie sich vor, Volkswagen dürfte keine Autos in den USA verkaufen, keine Autos in China und in Asien. Diese internationalen Märkte braucht man heute. Wenn einer deutschen Autofirma das verwehrt und ihr gesagt wird, sie dürfe nur in Europa und in Russland Autos verkaufen, dann macht man ihr genau die Zusatzmöglichkeiten, um Geld zu verdienen und Innovationen zu entwickeln, kaputt. Darunter leidet Opel seit Jahrzehnten. Das muss auch für die Zukunft von Opel insgesamt bei uns in Deutschland durchbrochen werden. Opel hat diese Chance auf den Märkten nie gehabt.

Gleichzeitig sind Überkapazitäten aufgebaut worden. Das haben wir auch diskutiert, und das wissen wir. Das war auch in Ihrer Regierungszeit der Fall. Insofern wussten wir alle, dass dieses Problem im Raum steht. Wer 1,6 Millionen Autos fertigt und bestenfalls 1,1 Millionen absetzt und jetzt, wie die IG Metall gesagt hat, nur 50 % Auslastung hat, befindet sich in einer sehr schwierigen Situation.

Dann nützt der ganze vordergründige Angriff gegen den Wirtschaftsminister überhaupt nichts. Jetzt kommt es darauf an, mit Zähigkeit und Akribie in Bochum auf den drei Teilflächen mit dem Konzern zusammen, der ja Eigentümer ist, das herauszuholen, was für Bochum herauszuholen ist, und dafür zu sorgen, dass da Beschäftigung entsteht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Laumann, das geschieht nicht durch das, was Sie beim letzten Mal und eben hier gemacht haben. Dadurch sind wir keinen Meter weitergekommen.

Das muss man anders machen. Der Wirtschaftsminister hat uns in der letzten Sitzung des Plenums angeboten, jede Woche einen Jour fixe durchzuführen. Er hatte dazu heute zum ersten Mal eingeladen. Die einzige Fraktion, die nicht gekommen ist, war die CDU. Alle anderen Fraktionen waren vertreten. Auch wenn Herr Lindner nicht konnte, war immerhin Herr Brockes da. Das war völlig in Ordnung. Es kann immer einmal sein, dass jemand nicht kann. Dann kommt eben jemand anderes aus der

Fraktion. Aber von der CDU-Fraktion ist keiner gekommen. Das zeigt: Vordergründig fahren Sie eine billige Attacke, aber da, wo man vertraulich reden kann, sind Sie nicht vertreten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das geht so nicht weiter.

Ich will auch ganz klar sagen: Ich begrüße bestimmte Punkte, die Sie angesprochen haben – es ist nicht alles verkehrt –, weil wir einfach versuchen müssen, alles das, was wir für Opel herausholen können, herauszuholen.

Aber die Art, wie Sie das jetzt hier gemacht haben, die ist nicht in Ordnung. Sie sind nach meinem Gefühl schon über die Weiche hinaus. Die Frage, ob wir hier konsensual und konstruktiv etwas für den Standort tun, hätten Sie anders beantworten müssen, nämlich durch ein Zugehen auf uns mit der Frage:

(Zurufe von Karl-Josef Laumann [CDU], Josef Hovenjürgen [CDU] und Lutz Lienenkämper [CDU])

Können wir ein gemeinsames Signal für Opel geben?

Sie haben hier eben das Gegenteil getan. Das ist dann so. Das muss man dann nüchtern zur Kenntnis nehmen.

Das heißt nur für mich, in dem weiteren Prozess, die verhärteten Fronten – sie sind verhärtet; das hat Herr Duin richtig beschrieben – aufzubrechen, um in einen Dialog zwischen Konzernleitung, Betriebsrat, IG Metall und den Beschäftigten kommt. Denn jetzt stehen da auch noch 420 Leute aus dem Warenverteilzentrum, die aus allen Wolken gefallen sind und für die sich die Zukunftsfrage stellt.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Diese Arbeit muss von der Landesregierung mit Unterstützung der Fraktionen geleistet werden.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

– Herr Lienenkämper, Ihre Fraktion fällt nach dem, wie Sie hier auftreten, bei dieser Aufgabe erkennbar aus. So ist es leider. Dann müssen wir anderen die Arbeit eben erledigen. – Danke schön.

(Langanhaltender Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Priggen. – Nun spricht für die FDP-Fraktion der Fraktionsvorsitzende Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Es ist bedauerlich, dass Sozialdemokraten und Grüne uns gezwungen haben, diese Sondersitzung des Landtags zu beantragen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Noch beklagenswerter ist, wie Sie diese Debatte führen, verehrte Damen und Herren der Koalitionsfraktionen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es wäre eigentlich angemessen gewesen, dass wenigstens heute, wenn schon nicht in der vergangenen Woche, eine Perspektive für den Standort Bochum im Zentrum der Berichte von Koalitionsfraktionen und Landesregierung gestanden hätte.

(Zuruf von Hans-Willi Körffges [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Sinnvoll und richtig wäre es gewesen, darüber zu sprechen, dass die Beschäftigten in Bochum wesentliche Beiträge in der Vergangenheit geleistet haben.

(Beifall von der FDP)

Aber Sie haben sich hier auf billige Polemik beschränkt.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Daniela Schneckenburger [GRÜNE])

Herr Priggen ist hier aufgetreten als Chefsemaniker, der sich noch einmal die Rede von Herrn Duin aus der vergangenen Woche vorgenommen hat, um uns nachzuweisen, dass „keine Klarheit“ und „etwas ist offen“ zwei völlig verschiedene Dinge sind.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Erkennbar gescheitert!

Herr Römer hat sich dann hier mit der Ausstellung in der Wandelhalle beschäftigt. Er hat Minuten seiner Redezeit darauf verwendet. Lieber Herr Kollege Römer, weil Sie ja so außerordentlich gerne immer Rednern anderer Fraktionen Noten erteilen, will ich Ihnen sagen:

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Beim Beschwören der großen sozialdemokratischen Geschichte ist Ihre Rede im Vergleich zu Edgar Moron Daumenkino gewesen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das können andere besser als Sie, zumal es ja eine Möglichkeit gegeben hätte, hier auch Eindrücke der vergangenen Woche zu korrigieren.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Der Wirtschaftsminister hat seine Rede hier heute damit begonnen, dass er für die Debatte gedankt hat. Da habe ich vermutet, dass er vielleicht jetzt zusätzliche Informationen geben will, dass er dankt für eine zweite Chance, die Position der Landesregierung hier darzulegen. Nachdem er gesprochen hat, konnte man feststellen: Die zweite Chance hat

er auch nicht genutzt, zu sagen, was Sie wollen und was Sie getan haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist doch völlig zu Recht vom Kollegen Laumann darauf hingewiesen worden, dass in der vergangenen Woche in der Aktuellen Stunde am Donnerstag ein ganz anderer Eindruck erzeugt werden sollte, als sich die Fakten am Freitag ergeben haben.

(Beifall von der FDP)

Ich habe es hier im Wortlaut. Da sagt Herr Duin: Der Status quo ist, es gibt keine Klarheit über die Frage des Logistikzentrums. Herr Römer hat dann für seine Fraktion am Donnerstag ebenfalls eine Meldung veröffentlicht: Opel müsse nun die Weichen für Logistik in Bochum stellen.

(Hans-Willi Körges [SPD]: Finden Sie das falsch, Herr Lindner?)

Sie beide haben das zu einem Zeitpunkt getan – haben Sie, Herr Römer, diese Meldung veröffentlicht und hat Herr Duin hier gesprochen –, als der Beitrag der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom nächsten Tag bereits im Satzspiegel war, als andere also Klarheit hatten, die Sie hier vorgegeben haben, nicht gehabt zu haben, meine Damen und Herren von der Koalition.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Am nächsten Tag ging es weiter. Am nächsten Tag war die Information in der Welt, dass es eben keine Perspektive für Logistik in Bochum gibt.

Daraufhin erklärt Herr Duin gegenüber der dpa: Ja, aber das hätte doch jeder wissen müssen, dass das die Konsequenz ist aus der Ablehnung des Sanierungstarifvertrages. – Da hat ihm die IG Metall widersprochen, dass das eben nicht jedem klar war, dass das die Konsequenz ist.

(Beifall von der FDP)

Guntram Schneider hat gesagt, er sei überrascht, wie abrupt dieses Ausrufezeichen gesetzt würde. – Ja, meine Damen und Herren, waren Sie falsch informiert oder haben Sie uns am Donnerstag und Freitag der vergangenen Woche falsch informiert?

(Beifall von der FDP)

Ich kann nur sagen: Wenn das einem Wirtschaftsminister von CDU oder FDP so gegangen wäre, wenn der sich so hier vor das Parlament gestellt hätte, dann wären die Rücktrittsforderungen aus Ihren Reihen ganz schnell gekommen. Ganz schnell wären die gekommen!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf: Heiße Luft!)

– „Heiße Luft“ rufen Sie!? Herr Duin hat in der vergangenen Woche gesagt: Wir arbeiten lieber hinter der Bühne. – Jetzt haben wir festgestellt: Vor und hinter der Bühne: Die Landesregierung ist offenbar

überall Statist in der Opel-Frage. Mit Ihnen spricht keiner. Sie haben keinen Einfluss.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Was haben Sie also – das müsste heute eigentlich im Zentrum der Auseinandersetzung stehen – in der Sache erreicht? Ich habe es mir aufgeschrieben:

(Nadja Lüders [SPD]: Eigentlich!)

Sanierungstarifvertrag abgelehnt.

(Nadja Lüders [SPD]: Eigentlich! Darum geht es hier nämlich nicht!)

Man muss Respekt vor der Entscheidung der Belegschaft haben. Aber offensichtlich gab es große Vorbehalte in Bochum vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Vergangenheit mit dem Management.

Weil diese Tatsache nicht neu ist, hat ja die heutige Ministerpräsidentin bereits vor vier Jahren, im März/April 2009, einen Pakt des Vertrauens für Opel zwischen den Beteiligten gefordert. Das ist vier Jahre her. Frau Kraft, was haben Sie getan, um diesen Pakt tatsächlich zu schließen? – Offensichtlich ist er bis dato noch nicht erreicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Welche Maßnahmen leiten Sie konkret ein, um eine Perspektive zu eröffnen?

Der Wirtschaftsminister hat im März im Wirtschaftsausschuss ein Sachstandspapier über seine Initiativen vorgelegt. Dieses Sachstandspapier – ungefähr eine dreiviertel DIN-A4-Seite lang – enthielt eine Vielzahl von Hinweisen auf Gespräche, die geführt werden, darauf, dass ein Beratungsunternehmen eingeschaltet worden ist. Im Mai will er Persönlichkeiten vorstellen, die für eine neue Perspektive für Opel werben. Ein Medienevent wird also angekündigt.

In diesem Papier steht auch: Erste Ergebnisse sollen Ende April präsentiert werden! – Herr Duin, Sie haben noch neun Stunden Zeit, diese Ergebnisse zu präsentieren. Der April ist dann zwar zu Ende, aber wir haben von Ihnen und der Landesregierung insgesamt noch keine konkrete Maßnahme gehört, die Sie einleiten wollen und werden und wo diese stattfinden soll, in Bochum oder darüber hinaus.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, man geht dann ja sämtliche Debatten noch einmal durch, um eine Landesregierung an dem zu messen, was ihre führenden Akteure in der Vergangenheit gesagt haben. Ich habe eine Bemerkung gefunden, die, wie ich finde, wie keine zweite treffend ihre Rolle und ihre Kompetenz in dieser Frage charakterisiert. Ich zitiere:

Sie haben keinen Seismografen, der Vorbeben erkennt, kein Frühwarnsystem für wirtschaftliche Probleme. Sie haben keinen Plan. Sie haben kein

Konzept und keine Strategie für die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen. – Das hat Hannelore Kraft 2008 gesagt. Sie hat seinerzeit seherische Fähigkeiten bewiesen; denn selten hat Hannelore Kraft besser ins Schwarze getroffen als mit dieser Charakterisierung ihrer eigenen Wirtschaftspolitik.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Lindner. – Nun spricht für die Fraktion der Piraten Frau Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Nachdem wir am Freitagmorgen dieser Sondersitzung noch zugestimmt und sie mitbevorschlagt hatten, bin ich inzwischen ziemlich sauer.

Ich habe am Wochenende zwei sehr interessante Telefonate geführt. In einem Telefonat mit einem Mitarbeiter des Opel-Konzerns in Bochum und einem Telefonat mit einem GM-Manager aus Rüsselsheim habe ich Informationen erhalten, die mich in meiner Einschätzung doch sehr irritieren. Leider hatten die Herren im Vorfeld nur die üblichen Verdächtigen angesprochen. Man bedankte sich aber ausdrücklich dafür, dass ich den Kontakt gesucht habe. Wir werden auch weiterhin im Kontakt bleiben.

Natürlich werden Parlamentstage immer dazu genutzt, kernige Aussagen zu machen und die politische Gegenseite anzugreifen. Dass aber die aktuelle Debatte zum Thema „Opel“ dazu genutzt wird, auf Kosten der Bochumer und der Opelaner zu punkten, ist für mich nicht akzeptabel.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Fakt ist: Jede einzelne Fraktion – mit Ausnahme der Piraten – hat bereits vor der Abstimmung zum Sanierungsplan gewusst, dass bei einem negativen Ergebnis zunächst einmal die Aussage steht: In Bochum ist definitiv und komplett Schluss!

Im Vorfeld fanden sowohl mit der Landesregierung als auch mit der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Gespräche statt, in denen das sonnenklar herausgestellt wurde. Die Empörung der beiden Oppositionsparteien am Freitag zum Ende des Werks 3 ist ein billiges und lautes Wahlkampfgetöse.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Das alles lässt diese Veranstaltung hier zu einem Politikzirkus verkommen, der den Menschen nicht hilft.

Minister Schneider, Sie haben sich am Freitag gegenüber der Presse erstaunt über die Schließung von Werk 3 geäußert. Reden die Herren Minister

nicht miteinander? Was für eine Kommunikation innerhalb der Regierung ist das denn?

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Da sieht man's!)

Meine Damen und Herren, wir können nicht sagen: Lassen wir die Karawane ziehen! – Aktuell laufen die Verhandlungen zwischen Bochum und GM zum Projekt „Bochum Perspektive 2022“. Bochum wird an diesem Projekt mit 51 % beteiligt sein, GM mit 49 %. Entgegen anderer Befürchtungen, die geäußert wurden, will man für die Flächen gar nicht viel Geld haben. Der Konzern ist nur an einem zukunftsweisenden Plan für die Nutzung interessiert. Man möchte nämlich verhindern, dass irgendein Unternehmen kommt und sagt: Hey, wir geben Euch 1.000 Arbeitsplätze! – Aber nach drei Jahren sind die wieder weg.

Das Management distanziert sich ausdrücklich von der Schlüssel-auf-den-Tisch-lege-Praxis, wie sie vor vier Jahren Nokia praktiziert hat. Hoffen wir einmal, dass das ernst gemeint ist!

Nicht große Summen, sondern lediglich ein ordentliches Konzept ist die Forderung von GM an die Stadt. Dabei gibt es in Bochum bei den Verantwortlichen rund um unsere Bürgermeisterin Ottilie Scholz leider noch ein Zögern und eine gewisse Unentschlossenheit. Aber, warum ist das so? – Das dauert alles deshalb so lange, weil 60 km entfernt in Düsseldorf einige Politiker der Fraktionen suggerieren, es gäbe noch besonders viel Verhandlungsmasse.

„Bochum Perspektive 2022“ ist kein Wenn-dann-Projekt bezüglich des Erhalts irgendwelcher Opel-Arbeitsplätze. Jede Behauptung, die etwas anderes sagt, ist absichtlich falsch oder basiert auf Unwissen.

(Beifall von den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, wir dürfen hier keine Scheindebatte führen.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir warten bereits seit vier Jahren auf das, was Politik jetzt noch für Bochum tun kann: Investitionen in eine zukunftsorientierte Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik, und zwar mit den bereits vorhandenen Gewerbegebäuden. Wir brauchen nicht noch irgendwelche Äcker umzupflügen. Denn den newPark braucht an dieser Stelle kein Mensch.

(Beifall von den PIRATEN – Karl-Josef Laumann [CDU]: Doch!)

Weg von der Bettelei um Industriearbeitsplätze, Umbau der Stadt zu einem innovativen Technologiestandort. – Glück auf!

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brand. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Kollege Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn man sich das von der Zuschauertribüne oder, wie es die Piraten sagen würden, im Stream anhört und ...

(Beifall von den PIRATEN – Zurufe von den PIRATEN: Hey!)

– Ich war während einer Plenarsitzung einmal krank. Da war ich der Einzige, der im Stream war.

... das mit dem abgleicht, was zum Beispiel in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 22.03., der im Anschluss an eine Plenarsitzung stattgefunden hat, abgleicht, dann muss man zu dem Schluss kommen, dass das nicht in Übereinstimmung zu bringen ist.

Am 22.03., als der Minister uns gemeinsam in der Wirtschaftsausschusssitzung informiert hat, hatten wir eine sehr verantwortungsvolle Runde über alle Fraktionen hinweg. Die Verantwortung lag bei den regierungstragenden Fraktionen ebenso wie bei den Oppositionsfaktionen. Ich muss sagen: Es war eine gute Diskussion. Der Minister hat auch aus den Reihen der Opposition für sein Vorgehen – für das bisher Geleistete und für das dort von ihm Angekündigte – Zustimmung bekommen.

Was hier heute seitens der Opposition aufgeführt wurde, ist ganz kleines populistisches Schauspiel.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn sich jemand wie Herr Laumann – Herr Laumann, wir kennen uns nun schon einige Tage – hier hinstellt und Herrn Duin und Herrn Römer Attacken vorwirft, dann hat er sich nicht daran erinnert – oder er kann sich auch nicht daran erinnern –, was er selbst hier am Freitagmorgen gesagt hat, und er kann sich am wenigsten daran erinnern, welch unsägliches Schauspiel der Kollege Wittke hier geboten hat.

(Beifall von der SPD)

Da waren nicht einmal alle Zwischenrufe von ihm im Protokoll verzeichnet. Jeder hat hier gute Ohren.

Ist es denn Attacke, wenn ein Minister und ein Fraktionsvorsitzender sich daran begeben, die Legendenbildung, die Sie versuchen, ins Land zu bringen, zu widerlegen? Ist es nicht eher von Ihnen ein Aufblasen, weil Sie es nicht geschafft haben, Verantwortung an der richtigen Stelle zu übernehmen? Ist es nicht eher so, dass es Ihnen peinlich ist, dass Sie dem Minister in der von mir genannten Sitzung des Ausschusses vom 22.03. zugestimmt haben?

Herr Minister hat zu Recht aus dem Brief von Adam Opel zitiert, in dem deutlich stand, dass das unterbreitete Angebot natürlich unter dem Vorbehalt der

Zustimmung zum Tarifvertrag stand. Da muss man doch nicht studiert haben, Herr Laumann, um festzustellen, dass ein Angebot, wenn es nicht angenommen wird, nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag Bestand hat.

Letztendlich war die Konsequenz, dass Arbeitslosigkeit auch für 400 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Warenverteilzentrums drohte. Die Veröffentlichung im Internet in „DerWesten.de“ hat es einen Tag später schon auf den Punkt gebracht. Ich habe nur manchmal das Gefühl: Lesen und Verstehen, Herr Laumann, passt bei Ihnen an gewissen Stellen nicht zusammen. Deswegen brauchen Sie da sicherlich bessere Zuarbeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wie war es denn? Die Frustration der Mitarbeiter entstand doch insbesondere deswegen, weil Ankündigungen in der Vergangenheit, weil Versprechen aus der Vergangenheit ständig nicht eingehalten wurden.

Ich sage Ihnen ganz deutlich, Herr Laumann: Das reicht bis in Ihre Regierungszeit zurück. Ich erinnere mich sehr gut an das Schauspiel. Sie führen immer wieder an, dass Ihr Ministerpräsident damals in Detroit war, vergessen aber, daran zu erinnern, dass er bei GM erst einmal gar nicht hineingekommen ist und dann – wie gnädig! – in der Pressezentrale einen Termin bekommen hat. Woran ich mich aber am meisten erinnern kann, ist das Pressefoto, auf dem er Autos aus dem Schnee geschoben hat. Das waren die Erfolge von Detroit!

Er hat dann – so glaubte er zumindest – auch noch einmal „Erfolge“ – in Anführungsstrichen –, vorweisen können – im Übrigen zu einem Termin, wo er eigentlich schon gar nicht mehr gewinnen konnte, nämlich am 16. Juni 2010. Damals sagte er und die Staatskanzlei schrieb – damals saß er da noch, war aber sicherlich schon am Packen –: Wenn wir nicht den langen Atem gehabt hätten, wäre es nicht zu diesem Ergebnis gekommen. Rüttgers betonte, dass in NRW nicht nur der Zafira gebaut werde, sondern auch Entwicklungsarbeit für die Elektromobilität geleistet werden soll. Das habe Reilly ihm und Wirtschaftsministerin Christa Thoben gesagt.

Was ist denn aus diesen Gesprächen geworden? – Gar nichts ist daraus geworden!

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Packen Sie sich an Ihre eigene Nase, Herr Hovenjürgen. Da ist genug zum Packen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Laumann, zu den Zitaten hat Ihnen der Kollege Priggen schon das Richtige gesagt. Sie zitieren, wenn Sie zitieren, falsch. Das passt so zu Ihrem Leseverständnis. Auch mit dem Hören funktioniert es nicht. Gehen Sie davon aus, dass das, was im Protokoll steht, das ist, was Herr Minister Duin gesagt

hat – und nicht das, was Sie versucht haben, zu verstehen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Suggerieren Sie hier nicht wieder, dass alles das falsch wäre, was gesagt wurde! Es war doch in der Tat so – ich wiederhole es gerne noch einmal –, dass „DerWesten.de“ es richtig interpretiert hat, es geschrieben hat und Sie das nicht zur Kenntnis genommen haben.

Und ich setze noch einen drauf, denn Sie als Metaller dürften bessere Zugänge zur IG Metall und zu den entsprechenden Betriebsräten haben, würde ich zumindest glauben. Ich habe hier das Betriebsrat-Info von Opel Bochum vom 15./16. April. Da ist ein Kästchen eingeschoben: falsches Spiel mit Ersatzarbeitsplätzen! Da heißt es unter anderem:

Anfang März wurde die Stadt Bochum informiert, dass Opel an Plänen zur Verlagerung des Ersatzteillagers arbeitet. Das hat auch vielerlei Gründe.

Weiter: So viel zu den Versprechungen der Geschäftsleitung über Ersatzarbeitsplätze.

Schon am 15. April ist man über diese Absichten zumindest ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Dann habt ihr es doch gewusst! Sie sagten gerade, Sie hätten es nicht gewusst!)

– Habe ich das geschrieben? Habe ich das aus einem Papier des Ministers zitiert, Herr Hovenjürgen? Da ist er schon wieder mit dem Hören und Verstehen. Das funktioniert bei Ihnen nicht.

(Beifall von der SPD)

Ich will mich gar nicht weiter groß dazu auslassen, insbesondere nicht über die unsäglichen Äußerungen des Herrn Wittke und die unsäglichen Zwischenrufe des Kollegen Laumann zur Sozialdemokratie. Aber ich kann mich an eine Zeit erinnern, Herr Kollege Laumann, da haben Sie noch da gesessen – es war nicht sehr lange, das gebe ich zu – und ich habe meistens hier gestanden und mit Ihnen gesprochen.

Wie war das denn mit dem Arbeitsminister Laumann mit dem Mindestlohn, mit dem Tönen auf CDA-Kongressen: Mindestlohn hui und hier im Plenum pfui und in Berlin pfui? Wie war das denn mit der Leiharbeit mit den Christdemokraten? Ja nichts ändern! Wie war das denn mit dem Quotendebakel vor ein, zwei Wochen in Berlin?

Sie wollen uns sagen, wie man Arbeitnehmerpolitik macht? Das können Sie schön vergessen. Sie bekommen an der Stelle in Berlin nichts gebacken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nun zu Ihrem Entschließungsantrag: Wenn Ihre Reden nur halb so gut gewesen wären wie dieser

Entschließungsantrag, hätten wir eine sehr harmonische Debatte gehabt.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ha! Wir haben noch gar nicht angefangen!)

Ich sage Ihnen ganz klar: Ja, was in diesem Entschließungsantrag steht, stimmt und ist größtenteils gut. – Herr Laumann, ich weiß nicht, ob Sie daran beteiligt waren.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Ich will Ihnen aber auch noch Folgendes dazusagen: Weil Sie bei Punkt 3 wieder mit Ihrer Suggestion anfangen, ist Ihr Antrag in Gänze nicht zustimmungsfähig. In Punkt 3 schreiben Sie:

„Der Landtag von Nordrhein-Westfalen bittet die Landesregierung, bei diesen Gesprächen die Rolle des Brückenbauers und ehrlichen Maklers zu übernehmen.“

Wenn Sie dort schreiben würden „wie bisher“ – denn alles, was der Minister Ihnen gesagt hat, ist bisher geschehen –,

(Lachen von der CDU – Zurufe von Karl-Josef Laumann [CDU] und Josef Hovenjürgen [CDU])

dann wäre das ein guter Antrag.

Ich sage Ihnen: Wir werden uns bei diesem Antrag entsprechend verhalten. Sie werden sich vielleicht wundern. Aber wenn Sie das, was getan wurde, nicht anerkennen und wenn das mit dem Hören hier auch nicht funktioniert, dann tun Sie mir wieder einmal leid. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Nun hat sich für die grüne Fraktion Frau Schneckenburger zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ob das hier eine Sternstunde des Parlamentarismus ist, muss sich im Nachgang erst noch zeigen. Ich finde es schon bedenklich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass Sie hier vor allen Dingen antreten, um parteipolitische Profilierung zu betreiben.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie wissen doch – gerade Sie müssten das genauso gut wissen wie alle anderen im Saal, Herr Hagemann –, dass das Problem „Opel in Bochum“ seit Jahren besteht. Ihr Ministerpräsident hat sich erfolglos daran versucht, das Unternehmen wieder in ein deutsches Unternehmen zu verwandeln, es aus der

Gefangenschaft von GM zu befreien und damit dafür zu sorgen, dass es hier eine Perspektive hat. Er ist doch schon damit gescheitert.

Was hat die Landesregierung gemacht? – Die Landesregierung hat bereits vor einem Jahr einen Prozess mit dem Titel „Bochum Perspektive 2022“ begonnen. Im Gegensatz zu den Bildern, die Ihr Ministerpräsident immer inszeniert hat, hat sie es aber nicht vor laufender Kamera getan. Das konnte sie nicht, und das wollte sie auch gar nicht, weil es darum ging, eine Anschlussperspektive zu schaffen. Schließlich wollen wir alle, dass es am Ende doch noch eine Perspektive für das Werk in Bochum gibt. So ist das doch gewesen. Ein Jahr Arbeit hat schon stattgefunden. Jetzt stellen Sie sich hierhin und sagen, die Landesregierung tue nichts. Sie haben es ein Jahr lang nur nicht zur Kenntnis genommen.

Herr Lindner, das ist gerade wieder der gleiche Auftritt gewesen wie schon am Donnerstag letzter Woche hier im Plenum. Das ist die gleiche Art von billiger Inszenierung, mit der sich die FDP zu exkulpieren versucht –

(Beifall von den GRÜNEN)

ein richtig scheinheiliger Auftritt. Herr Lindner, wäre die FDP in der ganzen Zeit doch wenigstens ein Mal vor Ort gewesen! In der Zeit, in der ich das mit begleite, habe ich jedenfalls niemanden von Ihnen gesehen – Sie nicht, Herr Lindner, keiner Ihrer Kollegen und auch nicht Ihren Fraktionsvorsitzenden oder den damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Pinkwart. Niemand war vor Ort. Sie haben sich an keiner Stelle um dieses Unternehmen gekümmert. Sie haben sich auch nicht um die Strukturfrage gekümmert. Warum nicht? Weil Sie das gar nicht interessiert!

(Christian Lindner [FDP]: Sie haben eine völlig falsche Wahrnehmung der Debatte!)

Sie haben im Gegenteil versucht, auf Bundesebene auch noch das meiste zu verhindern. Jetzt stellen Sie sich hierhin und beklagen die Untätigkeit der Landesregierung. Das nenne ich ein scheinheiliges FDP-Manöver.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Kollege Laumann, ehrlich gesagt, gilt das auch für Sie. Sie waren doch einmal der Arbeitsminister dieses Landes. Sie kennen doch auch die IG Metall von innen. Sie wissen doch auch, dass die Beschäftigten entschieden haben. Sie wissen doch, dass es eine Auseinandersetzung zwischen den Tarifparteien ist – zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern, zwischen dem Unternehmen und den Beschäftigten – und nicht eine Auseinandersetzung, in die die Landesregierung unmittelbar eingreifen könnte. Alles, was eine Landesregierung tun kann, nämlich dafür zu sorgen, dass es eine Anschlussperspektive gibt, hat sie im Ergebnis dann auch ge-

tan. Darum verstehe ich Ihren Auftritt hier heute nicht.

Den Auftritt der FDP verstehe ich genauso wenig. Die Auftritte der FDP in diesem Haus verstehe ich aber sowieso nur ganz selten.

Beides ist mir unklar. Beides nutzt auch weder der Stadt, noch nutzt es den Beschäftigten.

Was wir eigentlich bräuchten, wäre die Geschlossenheit dieses Hauses für den Einsatz vor Ort, die Geschlossenheit dieses Hauses dafür, Druck auf das Unternehmen Opel und Druck auf GM zu machen, um sie dazu zu zwingen, dass sie ihrer Verantwortung für den Standort auch gerecht werden und nicht den Schlüssel nehmen und umdrehen, nachdem sie sich jahrelang beispielsweise Straßen in Bochum auch aus der Landeskasse haben bezahlen lassen.

Wir klagen diese Verantwortung des Unternehmens für den Standort ein. Ich kann Sie nur einladen, sich ernsthaft daran zu beteiligen und nicht auf dem Papier etwas vorzulegen, was Sie dann in Ihren Reden hier wieder dementieren. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Schneckenburger. – Nun spricht für die Fraktion der Piraten der Fraktionssprecher, Herr Dr. Paul. Bitte schön.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. Warum bezeichnen Sie mich immer als Fraktionssprecher? Bei den anderen sagen Sie „Fraktionsvorsitzender“. Aber egal!

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Fraktionsvorsitzender, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Okay. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und daheim! Um es klar zu sagen: Die Opel-Belegschaft braucht eine verbindliche und verlässliche Perspektive. Die Menschen und deren Familien brauchen Planungssicherheit. Deshalb müssen sofort sämtliche Ressourcen, die auf Landesebene zur Verfügung stehen, gebündelt werden. Wir sprechen hier von finanziellen, personellen und förderrechtlichen Ressourcen, die zugunsten des Standortes Bochum konzentriert eingesetzt werden müssen.

Gleichzeitig können wir es aber nicht akzeptieren, dass sich das Opel-Management seiner Verantwortung für die Mitarbeiter und den Standort Bochum entzieht.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Opel-Management versucht ganz offensichtlich, den Beschäftigten den Schwarzen Peter zuzuschieben. Das ist nicht in Ordnung. General Motors und der Opel-Vorstand haben wiederholt gegen wasserdiichte Verträge verstößen. Da ist es verständlich, dass die Bochumer Belegschaft kein Vertrauen mehr hat.

General Motors hat sich in den letzten Jahren sogar regelrecht auf Kosten seiner Opel-Tochter saniert. Der Europatochter wurde verboten, auf Wachstumsmärkten wie China zu agieren. Die dortigen Zuwächse kamen allein der Konzernmutter zugute. Während sich VW und GM in China einen Kampf um die Marktführerschaft liefern, soll sich Opel mit zusammenbrechenden Märkten in Europa gesundschrumpfen.

Machen wir uns nichts vor: Die europäischen Kürzungsdiktate von Frau Merkel kommen mittlerweile auch in Deutschland an. Im März brach der deutsche Automarkt um mehr als 15 % ein. Das klare Votum der Bochumer Opelaner ist verständlich: Es waren 76,1 %, die den Tarifvertrag ablehnten. Sie wollten nicht noch freiwillig Ja zum Untergang ihres Werkes sagen. Also sagten sie Nein zum Sanierungsplan. Wir haben Hochachtung vor den Opelanern, denn sie bewahrten sich damit ihre Würde.

(Beifall von den PIRATEN)

In der Detroiter Zentralverwaltungswirtschaft von General Motors ist wenig Platz für Opel und kein Platz für das Bochumer Werk. Vor der Selbststachung der Opelaner, der Bereitschaft, sich konsequent für ihre Sache einzusetzen, sollten wir alle hohen Respekt haben.

(Beifall von den PIRATEN)

Das verzweifelte Engagement der Bochumer Belegschaft ist auch ein Widerstand gegen die Ohnmacht, dass Konzerne ihre Mitarbeiter, die jahrelang ihre Arbeitskraft mit Leib und Seele, mit dem Herzen für sie bereitgestellt haben, schlicht und kältherzig entsorgen. Ist es nicht die Ohnmacht innerhalb eines Systems, in dem der Mensch nichts mehr wert ist? Der Altersdurchschnitt der Mitarbeiter im Bochumer Werk liegt bei über 47 Jahren. Wir dürfen es nicht zulassen, dass diese Mitarbeiter nach langen Arbeitsjahren, in denen sie für das Unternehmen und deren Anleger Mehrwert erwirtschaftet haben, ohne Perspektive bleiben.

In Richtung CDU und FDP möchte ich mit einem Märchen aufräumen und die Sache mal beim Namen nennen: Es ist mitnichten so, dass die Landesregierung irgendwelche großen Möglichkeiten hatte, dass die Autoproduktion in Bochum zu halten gewesen wäre. Sie haben letzte Woche, aber auch heute schon wieder den Eindruck vermittelt, als wäre es nur eine Frage des Wollens seitens der Landesregierung, Opel zu retten, als wäre es nur eine kleinere Rechenaufgabe hinsichtlich des Haushalts, des Geldes, und schon könnte die Ministerpräsiden-

tin im Stile eines Gerhard Schröder die Belegschaft an der Ruhr retten. Jeder von uns wird sich noch an die Firma Holzmann Ende der 90er-Jahre erinnern, als vorgegeben wurde, man müsse nur die Daumen hochheben, und schon sei ein Unternehmen gerettet. Gerade die Parteien, die immer wieder den Haushalt im wahrsten Sinne des Wortes beklagen, wollen, dass man Opel einfach mal so wieder wettbewerbsfähig macht.

In diesem Zusammenhang möchte ich ein paar Worte zum Haushalt verlieren. Dieser Haushalt – das ist kein Geheimnis – braucht dringend Mehreinnahmen. Und es ist auch kein Geheimnis, dass wir die Landesregierung darin unterstützen, im Bundesrat die entscheidenden Schritte zu gehen. Ziel muss es sein, Mehreinnahmen zu generieren, die dem Landshaushalt zugutekommen.

Wahrscheinlich aber werden jetzt wieder die Fragen auftreten, was das mit Opel und Bochum zu tun hat. Ich werde es Ihnen sagen: Ohne Mehreinnahmen hat das Land Nordrhein-Westfalen von vornherein gar nicht die Möglichkeit, intensive und aktive Wirtschaftspolitik zu betreiben. Ohne Mehreinnahmen bleiben die Brücken so schlecht, wie sie sind. Ohne Mehreinnahmen wird es auch für solche Regionen wie Bochum keine Möglichkeit geben, aktiv neue Unternehmungen anzusiedeln. Ich sage es ganz klar: Dieser Finanzminister verwaltet einen Berg von Schulden. Der Wirtschaftsminister wird zum Bittsteller degradiert. – So sieht die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen aus.

Dann möchte ich noch ein paar Worte an die Kollegen von der gegenüberliegenden Seite des Plenums richten. Sie müssten es doch eigentlich besser wissen, als Sie es nunmehr wiederholt in Ihren Sonntagsreden vor uns darlegen. Wie war denn die Zeit zwischen 2005 und 2010?

(Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU]: Besser!)

Hatten Sie Erfolg bei Ihren Bemühungen, den Sie jetzt bei der Landesregierung vermissen?

(Rainer Schmelzner [SPD]: Nein!)

Ich muss doch nun wirklich nicht die Bilder in Erinnerung rufen, wie es bei Eiseskälte bei einer nach einer Touristentour anmutenden Kaffeefahrt im Bereich der großen Seen in Nordamerika war. Hat man die in Detroit kaum bekannte Landesregierung eines deutschen Bundeslandes nicht einfach angelsächsisch höflich ignoriert? Hat man sich als einstmals größtes Unternehmen der Welt nicht auf den Standpunkt gestellt: „Da kann kommen wer will vom alten Kontinent. Den werden wir in unserer neuen kapitalistischen Welt einfach auflaufen lassen“? – Ich finde, da haben Sie es sich zu einfach gemacht.

Aber diejenigen, die wirklich an der Misere Schuld haben, das ist General Motors. Für mich ist es eine Scheinheiligkeit hoch drei, wenn man Opel Märkte

verschließt, gleichzeitig aber verlangt, dass Gewinne abgeworfen werden.

(Beifall von den PIRATEN und Achim Tüttenberg [SPD])

Erst durch die Abschottung Opels von diesen Märkten zugunsten der anderen Marken, insbesondere der amerikanischen, ist es zu diesen sogenannten Überkapazitäten gekommen. Ich nenne sie ausdrücklich „sogenannte“, denn letztlich kann nicht von einer wirklichen Überkapazität gesprochen werden. Man wird nie erfahren, wie viele Autos verkauft worden wären, hätte es diese Schranke nicht gegeben.

GM spricht sich immer gerne für eine Marktwirtschaft aus, am besten eine freie, eine Wirtschaft ohne Regeln, denn angeblich könnte sich der Markt selbst am besten regulieren. Wenn es aber um das eigene Unternehmen geht, dann herrscht eine Regulierung bei GM vor, die jedem kommunistischen Unternehmen in der früheren Sowjetunion zur Ehre gereicht und am Ende wohl das Ehrenbanner eingebracht hätte.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Da ich gerade das Thema „Ehre“ anspreche: Als Ehrenmann kann wohl nur derjenige bezeichnet werden, der als glaubwürdig gilt. Mit anderen Worten: Ohne glaubhafte Aussagen keine Ehre. – Von glaubhaften Aussagen kann bei GM in keiner Weise die Rede sein. 2004 – ich erinnere daran – gab es Versprechungen noch und näher, und diese wurden auch immer gut mit aktivem Handeln der Belegschaft sozusagen gegengezeichnet. Zu nennen ist hier beispielhaft der Verzicht auf Weihnachtsgeld. Und zudem gab es keine Entgelterhöhungen. Man wollte dafür ein neues Auto und Arbeitsplätze der Kollegen erhalten. Was ist gekommen? – Kein Weihnachtsgeld und nicht mehr Geld. Was ist nicht gekommen? – Ein neues Auto und der Erhalt der Arbeitsplätze der Kollegen. Was für ein Tausch! Was für glaubhafte Aussagen von GM!

Jetzt möchte ich das zu dem nicht angenommenen Tarifvertrag durch die Belegschaft von Opel in Bochum in Verbindung setzen. Warum soll eine Belegschaft einem ausgehandelten Tarifvertrag Glauben schenken, der von denjenigen ausgehandelt wurde, die schon in der Vergangenheit mehrfach und eindrücklich unter Beweis gestellt haben, dass sie auch nur ansatzweise als nicht glaubwürdig einzuschätzen sind?

Und der ausgehandelte Tarifvertrag zeigt das ganz deutlich: Da wird unter § 13 aufgezeigt, dass es ca. 600 Arbeitsplätze beim Ersatzteilager und in der Komponentenfertigung geben soll. Denn ein Wort steht vor dem Wort „ca.“: voraussichtlich. Voraussichtlich wird es heute wieder regnen. „Voraussichtlich“ ist ein unbestimmtes Füllwort. Voraussichtlich soll wohl vieles in dieser Welt sein. Wenn keiner von

uns in die Zukunft sehen kann, ist alles erst einmal voraussichtlich.

Auf diese Art der Planung kann und darf sich eine Belegschaft nicht verlassen dürfen – erst recht nicht bei dieser Vorgesichte.

(Beifall von Frank Herrmann [PIRATEN])

Denn anderenfalls ist sie voraussichtlich verlassen und danach entlassen.

Bei allen Eventualitäten, die im nicht angenommenen Tarifvertrag aufscheinen, fragt man sich schon: Was wollte General Motors eigentlich mit dieser Vereinbarung bezwecken? Mal wieder Zeit schinden, mal wieder die Belegschaft ausbeuten oder einfach mal wieder am Ende nach der Politik rufen, die dann für alles verantwortlich gemacht werden soll, um so die gesamten, ach so voraussichtlichen Sachen klären zu lassen?

Meine Damen und Herren, Glaubhaftigkeit sieht anders aus. Meines Erachtens hatte General Motors nie vor, das Ersatzteillagerwerk aufrechtzuerhalten. Aber auch das bleibt sehr vage, wie so vieles sehr vage geblieben ist.

In den letzten Tagen geisterte durch die Gazetten, dass man noch einmal abstimmen lassen könne. Für mich war das nie eine Frage. Für mich war und ist die Frage: Warum hat General Motors nicht genug kommuniziert, dass bei einer Ablehnung der Standort Bochum 2014 geschlossen wird? Warum hat man sich nicht auf konkretere Zusagen bei den fast einjährigen Verhandlungen mit der IG Metall eingelassen? Die Antworten sind so einfach wie bitter – sie gelten auf jede Frage –: General Motors wollte Opel von Anfang an ausbluten lassen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nicht ohne einige Worte unseres deutschen Philosophen Norbert Bolz schließen – Herr Präsident, ich zitiere –:

„Moralische Sollensforderungen an die Realität markieren genau die Stellen, an denen eine Gesellschaft nicht lernbereit ist.“

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von den PIRATEN und Bernhard von Grünberg [SPD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Nun hat als nächster Redner für die FDP-Fraktion Herr Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben von der Koalition in dieser Debatte nichts Neues in Sachen Opel gelernt.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD: Ihr seid einfach nicht lernfähig! – Weitere Zurufe)

Wir haben die Solidaritätsadresse von Frau Schneckenburger noch einmal gehört. Wir haben die Gegenkritik und die Polemik noch einmal gehört. Wir haben keine konkreten Pläne, Maßnahmen oder Gesprächsergebnisse der Landesregierung gehört. Insofern ist diese Debatte repräsentativ für das gesamte Agieren von Rot-Grün in dieser Frage.

(Beifall von der FDP und der CDU – Dietmar Bell [SPD]: Noch mal heiße Luft von der FDP! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

Aber auch in einem weiteren Punkt geben diese Debatte und ihr Verlauf symbolhaft Aufschluss darüber,

(Nadja Lüders [SPD]: Wie Ihr Zustand ist!)

wie Sie mit Opel umgehen.

(Beifall von der FDP)

Ich habe mich deshalb in der zweiten Runde noch einmal gemeldet, obwohl ich es nicht geplant habe,

(Zuruf von der SPD: Hätten Sie es doch sein lassen! – Heiterkeit von der SPD – Weitere Zurufe)

weil ich gehört habe, dass wiederum die Ministerpräsidentin nicht beabsichtigt, das Wort zu nehmen. Vielmehr ist wieder Herr Duin als Redner für die Landesregierung gemeldet.

(Beifall von der FDP und der CDU – Rainer Christian Thiel [SPD]: Das kann doch mal passieren! – Weitere Zurufe von der SPD)

Das ist doch symptomatisch: Sie fordern wieder, auf General Motors müsse Druck ausgeübt werden. Wie anders soll man dieses Unternehmen wieder an den Verhandlungstisch zurückbringen, als dass sich das größte Gewicht der Landesregierung einschaltet?

(Zustimmung von der FDP – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Frau Kraft bleibt aber dort sitzen und grinst. Das ist ihr Beitrag.

(Beifall von der FDP und der CDU – Fortgesetzt Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Frau Ministerpräsidentin, weil wir alle noch in Erinnerung haben, wie Sie hier als Oppositionschefin gestanden haben, werden wir nicht zulassen, dass Sie Herrn Duin als Kugelfänger in die Debatte schicken und selbst schweigen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD: Oh Gott! – Zuruf von der SPD: Schaumschläger! – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lindner. – Nun habe ich als nächsten angemeldeten Redner für die Landesregierung Herrn Minister Duin auf der Redeliste.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP: Oh!)

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Lindner, das ist nicht Opposition, das ist Oppositionsschauspielerei, was Sie hier betreiben.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von Christian Lindner [FDP])

Diese künstliche Erregung, wer wann wo spricht ... In der letzten Debatte hat sich die Ministerpräsidentin gleich zu Beginn eingeschaltet. Das war Ihnen auch nicht recht, denn eigentlich hätte der Minister sprechen sollen. Sie drehen es, wie Sie gerade wollen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Sie hätte aber was sagen sollen!)

Das geht an der Sache völlig vorbei. – Das ist das Einzige, was ich zu Ihren Ausführungen in Ihren beiden Reden jetzt sagen will. Ich habe Sie schon in meiner ersten Rede gar nicht erwähnt,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

weil Sie von der FDP in den letzten Monaten zur Lösung des Problems in Bochum gar nichts beigebracht haben.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Wer regiert denn hier? – Weitere Zurufe)

Frau Brand, Herr Dr. Paul, Herr Römer, Frau Schneckenburger, Herr Priggen, Herr Schmeltzer – alle haben sehr gut herausgearbeitet

(Zurufe)

– ich beziehe die Piraten, ich hoffe, mit Erlaubnis der Rednerin bzw. des Redners mit ein –, dass die Absicht der Adam Opel AG, den gesamten Standort zu schließen, sehr früh erkennbar war. Dieser Vorwurf war Anlass für diese Debatte. Er stand letzte Woche im Raum. Er ist durch diese Debatte ausgeräumt. Nach Punkt und Komma ist das völlig klar.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

Im Übrigen habe ich auch an den Punkten, die in der jetzt schon mehrfach zitierten Rede eine Rolle gespielt haben, gar nichts zu korrigieren. Sie dürfen sich nicht nur an Presse und Pressemitteilungen orientieren, sondern Sie müssen selbst in die Ge-

spräche mit den Partnern gehen, um bestimmte Dinge nachvollziehen zu können.

Ich will Ihnen die vier Beispiele, die ich in der letzten Woche genannt habe, noch einmal einzeln aufzählen.

Wir reden über die Flächen. Sie können sagen, da sei noch nichts passiert. Ich glaube, ich bin völlig unverdächtig, den IHK-Geschäftsführer von Bochum, Herrn Diegel, irgendwie für mich vereinnahmen zu wollen.

(Lachen von Rainer Schmeltzer [SPD] – Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Das würde er ablehnen; das ist völlig in Ordnung.

Aber sprechen Sie mit ihm. Er wird Ihnen sicherlich ganz wertfrei bestätigen können, dass insbesondere diese Frage noch nicht geklärt ist: Wann werden die Flächen in die gemeinsame Gesellschaft von Stadt und Opel eingebracht?

Ich muss das wiederholen, weil es offensichtlich noch nicht bei allen angekommen ist: Diese Entwicklungsgesellschaft wird keine Gesellschaft des Landes sein, sondern es wird eine Entwicklungsgesellschaft mit einem Anteil von 51 % der Stadt und einem Anteil von 49 % von Opel sein. Und wir möchten – da unterstützen wir die Stadt bei jeder Gelegenheit –, dass die Flächen zum frühestmöglichen Zeitpunkt in das Vermögen der Gesellschaft hineinkommen. Aber das geht nicht von heute auf morgen. Das hat auch etwas damit zu tun, dass auf diesen Flächen zum Teil noch produziert wird und man das Produktionsende abwarten muss.

(Zuruf)

– Ich habe nicht behauptet, dass Sie das infrage stellen, Herr Laumann. Ich will nur allen, die uns zuhören, verdeutlichen, dass wir – auch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – an diesen Details mit aller Akribie arbeiten.

Das Zweite ist – das ist der für Sie am Freitagmorgen so wichtige Punkt gewesen – die Zukunft des Warenverteilzentrums. Ich frage Sie: Wo kommt das denn hin? Wenn es in Bochum geschlossen wird, so wie das am Donnerstag der Pressemitteilung, die seit einigen Tagen vorlag und was wir auch vorher schon wussten, wie ich es vorhin geschildert habe ...

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Sie haben gesagt: Es ist offen! Jetzt wissen Sie es plötzlich wieder!)

– Herr Lienenkämper, wissen Sie, welche Verträge und welche Vertragsinhalte dem Joint Venture zwischen der Adam Opel AG und der Firma Cat, die dieses Warenverteilzentrum betreibt, zugrunde liegen? Ist das, was Opel am Donnerstag per Pressemitteilung noch mal bekräftigt hat, auf der Grundlage dieser Verträge überhaupt in die Tat umzusetzen? Oder gibt es eben eine ganze Menge offene

Fragen, die noch einer Klärung zugeführt werden müssen? Das ist das, was ich am Donnerstag gesagt habe. Und das stimmt, und das kann man auch zu jeder Zeit wiederholen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der dritte Punkt, den ich am Donnerstag angesprochen habe, ist: Wir wissen nicht und auch das Unternehmen weiß nicht, wie es mit der Ankündigung, den Zafira ab Ende 2014 nicht mehr in Bochum herzustellen, eigentlich umgehen will. In Rede steht sehr oft ein anderes Werk. Ich kann das nicht abschließend beurteilen; doch es ist der wahrscheinlichste Fall, dass es nach Rüsselsheim gehen soll. Aber ist das überhaupt umsetzbar? – Dahinter darf man ein Fragezeichen setzen.

Genauso beim vierten Punkt, der Komponentenfertigung: Was kommt wann wohin?

Meine Damen und Herren, Herr Laumann hat sinngemäß gesagt, dass viele Elemente des Sanierungstarifvertrages vernünftig waren. Ich habe mich dazu in den letzten Wochen in ähnlicher Weise geäußert. Was wir nur klar vor Augen haben müssen, das ist mir in einem Gespräch mit der Ministerpräsidentin, mit Herrn Römer, mit dem Betriebsrat und anderen nach der Debatte am Donnerstag, das wir hier im Hause geführt haben, noch einmal deutlich geworden: dass diese Einschätzung mindestens von einer sehr, sehr großen Mehrheit des Betriebsrates nach wie vor nicht geteilt wird.

Ich habe in meiner Rede vorhin davon gesprochen, dass die Frage: „Welchen Gesichtsverlust müsste man eventuell erleiden, um sich aufeinander zuzubewegen?“ im Mittelpunkt steht. Es nützt nämlich nichts, wenn Laumann und Duin sich einig darüber sind, dass in dem Vertrag vernünftige Elemente drin sind.

Nur um das noch mal klarzustellen, auch weil Sie mich dazu herausgefordert haben, ohne Wenn und Aber: Ich wäre mit Sicherheit der Letzte, der in diesen Fragen, wer wie entschieden hat, irgendeine Schuldzuweisung gegenüber der Belegschaft oder gegenüber dem Betriebsrat vornehmen würde! Nichts liegt mir ferner!

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wir alle haben viel miteinander gesprochen, auch im Vorfeld des 21. März. Es hat sehr unterschiedliche Einschätzungen über das Abstimmungsergebnis gegeben. Jeder hat da seine eigene. Ich glaube, nicht wenige waren über die Deutlichkeit der Ablehnung überrascht. Aber klar ist doch, dass wir seitdem eine grundlegende Veränderung der Situation haben. Auch das habe ich versucht vorhin noch mal ausdrücklich zu schildern, auch im Detail.

Darüber waren wir uns am 22. März auch einig – Sie waren ja auch im Wirtschaftsausschuss –: dass man diese neue Situation anders bewerten muss

als all das, was vorher vorbereitet worden war. Deswegen konnte die Entwicklungsgesellschaft am Freitag nicht noch mal zusammenkommen: weil man die neue Situation bewerten musste. Das ist – wir haben jetzt April – insofern auch die Erklärung für die eingetretene Verzögerung.

Meine Damen und Herren, es liegen verschiedene Anträge vor. Ich hätte mir im Namen der gesamten Landesregierung gewünscht – ich habe das vorhin schon zum Ausdruck gebracht –, dass es einen gemeinsamen Antrag gegeben hätte. Insbesondere das, was Sie in Ihrem ursprünglich dritten Absatz – Sie haben jetzt noch einen hinzugefügt – formuliert haben, nämlich die Bitte an die Landesregierung, „Brückenbauer“ und „ehrlicher Makler“ zu sein, ist, finde ich, ein bisschen klein gedacht, wenn Sie nicht zugestehen, dass diese Rolle „wie bisher“ übernommen werden muss. Das in Abrede zu stellen ist wirklich dünn.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Genau so, als Brückenbauer und ehrlicher Makler, agiert diese Landesregierung von Anfang an. Wir wollen damit eines erreichen – da geht es um mehr als, in Anführungsstrichen, „nur“ um das, was auf dem Opel-Gelände passiert –: Wir müssen es gemeinsam schaffen – da brauchen wir jede Kraftanstrengung –, diese negative Dynamik, die in Bochum entstanden ist, endlich zu durchbrechen. Es wäre hervorragend gewesen, wenn wir uns hier endlich mal über diese Perspektive nach vorne gerichtet unterhalten hätten und uns nicht in gegenseitigen Schuldzuweisungen ergangen hätten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Wittke zu Wort gemeldet.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Oliver Wittke (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich erfuhr, dass die Landesregierung die Beantragung einer Sondersitzung durch CDU, FDP und Piraten zum Thema „Opel“ zum Anlass genommen hat, eine Unterrichtung des Landtages am heutigen Tage zu dieser Thematik durchzuführen, hatte ich die Erwartungshaltung, Herr Kollege Duin, dass wir heute etwas Neues erfahren würden.

(Zurufe von der SPD: Wo ist die Entschuldigung?)

Denn wenn man dieses interessante und wichtige Instrument der Unterrichtung dieses Hohen Hauses wählt, dann muss man was zu sagen haben.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie nicht zugehört? – Weitere Zurufe von der SPD: Wo ist die Entschuldigung?)

Sie hatten heute nichts zu sagen, gar nichts!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es wäre für das Hohe Haus beispielsweise interessant gewesen, zu erfahren, welche Gespräche Sie seit vergangenem Freitag, nachdem es in Bochum eskaliert war, geführt haben. Mit wem haben Sie gesprochen? Mit wem haben Sie welche Vereinbarungen getroffen? – Nichts davon ist vorgetragen worden.

(Zurufe – Unruhe – Glocke)

Stattdessen hat Herr Kollege Römer über Klausner-Verträge und SPD-Geschichte, Herr Schmeltzer über Mindestlohn und Leiharbeit geredet, und Kollege Priggen hat sich als Bauchredner des Landeswirtschaftsministers geriert.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Das ist verdammt wenig. Dabei sind die Fragen, die auf dem Tisch liegen und zu beantworten sind, zwei ganz einfache.

(Widerspruch von der SPD)

Die erste Frage lautet: Was hat die Landesregierung bisher getan, um das Abziehen von Opel aus Bochum zu verhindern? – Und, Frau Kraft, da entlassen wir Sie nicht aus der Verantwortung!

(Beifall von der CDU – Lebhafte Zurufe von der SPD: Oooh!)

Denn Sie scheinen ja nur die Ministerpräsidentin für gutes Wetter zu sein. Sie sind die Ministerpräsidentin für Sonnenschein, Sie sind die Ministerpräsidentin für Landesfeste. Aber dann, wenn es ernst wird, wenn es darum geht, für dieses Land einzustehen und hart zu arbeiten, dann schlagen Sie sich in die Büsche, so wie Sie das im Fall Opel getan haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Lachen und Widerspruch von der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist erstaunlich, dass noch am vergangenen Donnerstag in der Plenardebatte die Landesregierung und die Vertreter der Koalition immer wieder vorgetragen haben: Wir wollen dafür kämpfen, dass so viel Opel wie möglich in Bochum bleibt!

(Stefan Zimkeit [SPD]: Die interessiert das gar nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Heute, Herr Duin, war davon nicht mehr die Rede. Sie haben längst die weiße Fahne gehisst. Sie haben aufgegeben. Sie wollen nicht für Opel in Bochum kämpfen, sondern Sie wollen nur noch mithelfen, abzuwickeln. Das ist uns zu wenig.

(Beifall von der CDU – Lebhafter Widerspruch von der SPD)

Darum lautet die zweite Frage: Was gedenkt denn die Landesregierung jetzt zu tun? – Da ist in der Tat das, was der Koalitionsantrag hergibt, entlarvend.

(Thomas Stotko [SPD]: Wir erwarten Ihre Entschuldigung!)

Da heißt es:

„Der Landtag fordert die Unternehmensführung von Opel auf:

dazu beizutragen, indem sie klare und verlässliche Aussagen zur Zukunft des Warenverteilzentrums und zu einer möglichen Komponentenfertigung ab 2014 macht ...“

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen von SPD und Bündnisgrünen, dazu hat Opel gesprochen. Was jetzt notwendig ist, ist, dass die Landesregierung endlich in die Puschen kommt und von Opel einfordert, dass Opel weiterhin für Bochum Verantwortung übernimmt!

(Beifall von der CDU – Lebhafte Zurufe von der SPD)

Wir werden uns auf jeden Fall nicht damit abfinden, dass Opel am Ende des Tages verbrannte Erde in Bochum hinterlässt. Wir werden auch keine Schützenhilfe dazu leisten, dass nur noch viel Geld aus den Grundstücken generiert wird, was Opel offenbar jetzt vorhat, und Ihnen ansonsten egal ist, was aus den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, was aus den Opelanern in dieser Stadt wird.

(Lebhafte Zurufe von der SPD: Unverschämt! – Weiterer Zuruf von der SPD: Das haben Sie nötig!)

Wir wollen weiterhin dafür kämpfen, dass so viel Opel wie möglich in Bochum bleibt.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Schämen Sie sich!)

Meine Damen und Herren, lieber Kollege Paul, da sage niemand, da habe die Politik keine Mittel in der Hand.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Erbärmlicher Demogoge!)

Jawohl, sie hat Mittel in der Hand. Denn Opel hat zwei zentrale Anliegen. Opel will zum einen, dass so schnell wie möglich Ruhe einkehrt. Denn natürlich ist klar, dass eine Marke unter ständigen Debatten, unter ständigen Diskussionen leidet.

(Hans-Willi Körges [SPD]: Da sind Sie der Richtige!)

Dazu könnte beitragen, wenn man alles im versteckten Kämmerlein macht, wenn man alles nur hinter den Kulissen macht

(Hans-Willi Körges [SPD]: Brandstifter!)

wenn man nicht ständig und immer wieder einfordert, dass Opel weiterhin Verantwortung übernehmen muss. Das ist, finde ich, unser Job als Politik. Es darf nicht Ruhe einkehren. Man könnte auch sagen: Es darf keine Friedhofsrufe bei Opel einkehren. Sondern, ganz im Gegenteil: Wir müssen weiterhin am Ball bleiben, und wir müssen das Thema immer wieder auf die Tagesordnung setzen, damit Opel der Verantwortung über den Tag hinaus in Bochum gerecht wird.

(Zuruf von der SPD)

Wenn die Landesregierung sie schon nicht wahrnimmt, dann zumindest dieses Parlament!

(Beifall von der CDU – Karl Schultheis [SPD]: Ihre Beiträge werden nicht in Dezibel gemessen!)

Und zweitens, ein noch viel schärferes Schwert: 170 Hektar Fläche mitten im Herzen des Ruhrgebiets und damit mitten im Herzen von Nordrhein-Westfalen sind natürlich von landesplanerischer Bedeutung.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Wir haben eine Landesregierung, die diese Karte nicht spielt, eine Landesregierung und eine Stadtverwaltung, die nicht sagen, wir werden uns nicht zum Erfüllungsgehilfen für die Pläne von Opel machen lassen, einfach nur Geld aus diesen Flächen zu ziehen,

(Lachen von Hans-Willi Körges [SPD])

sondern wir werden Bedingungen nennen. Und die Bedingung sollte nicht lauten, nur in einer Gesellschaft mitwirken zu dürfen, sondern die Bedingung muss lauten: Ihr müsst Arbeitsplätze in Bochum halten!

Das vorzutragen, ist unsere Aufgabe. Dazu fordere ich die Landesregierung an dieser Stelle auf. Sie haben das Instrumentarium. Es liegt auf dem Tisch. Nun wenden Sie es auch an, Herr Duin!

(Beifall von der CDU – Lebhafte Zurufe von der SPD)

Damit wir nicht wieder über unterschiedliche Dinge reden und unterschiedliche Interpretationen haben und Herr Priggen nicht nachher wieder den Minister auslegen muss, noch eines: Sie haben gerade, Herr Minister, von dieser Stelle aus Opel aufgerufen, die Flächen in eine gemeinsame Gesellschaft „Bochum Perspektive 2022“ einzubringen.

Wissen Sie eigentlich, dass Opel bereits mit zwei Interessenten über den Verkauf dieser Flächen entweder hinter Ihrem Rücken oder mit Ihrem Wis-

sen diskutiert und verhandelt? Wenn Sie es wissen, dann tragen Sie es diesem Hohen Hause vor! Wenn Sie es nicht wissen, dann frage ich mich: Wo sind denn die vertrauensvollen Gespräche, die Sie da führen?

(Britta Altenkamp [SPD]: Wollen Sie eine Lösung oder nicht?)

Es gibt bereits Verhandlungen, Verkaufsverhandlungen, über diese Flächen, deren Einbringung in eine gemeinsame Gesellschaft Sie eingefordert haben. Vielleicht können Sie dazu auch noch einmal etwas sagen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Thomas Eiskirch [SPD]: Sie verhindern jede Lösungsmöglichkeit! Das ist verantwortungslos! – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es bleibt dabei: Diese Landesregierung hat ihre Verantwortung im Fall Opel in den vergangenen Monaten nicht wahrgenommen. Und noch viel schlimmer: Es steht zu befürchten, dass sie es auch in den kommenden Monaten nicht tut. Darum, Frau Kraft, sind Sie nicht die Landesmutter, sondern allenfalls die Rabenmutter – aus Sicht von Opel, und das zu Recht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Lebhafte Zurufe von der SPD: Pfül!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wittke. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen deren Fraktionsvorsitzender, Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Wittke, ich muss nicht den Minister interpretieren. Aber wenn ich das, was Sie eben gemacht haben, mit Ihrer Leistungsstrecke in der früheren Regierung und jetzt vergleiche –

(Zustimmung von der SPD)

wissen Sie: Ihren Empfehlungen zu folgen, hieße, dass wir tatsächlich alles an die Wand fahren, so wie Sie es in den letzten Jahren in Ihrer politischen Tätigkeit hier gemacht haben.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es geschieht ja nicht umsonst, dass Sie sich jetzt hier aus NRW nach Berlin verabschieden. Sie hinterlassen ja eine Spur verbrannter oder gescheiterter Erde, wie immer man das sehen will.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich hätte als Allererstes erwartet, dass Sie sagen: Tut mir leid, das letzte Mal sind mir – was bei Ihnen ja schon öfter passiert ist – die Pferde durchgegan-

gen, und dieses Zitat habe ich nicht so gemeint. Das hätten sie als Erstes machen sollen.

(Oliver Wittke [CDU]: Welches Zitat?)

– Die Spitze.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die Spitze, finde ich, ist aber, dass Herr Wittke hier erklärt, man hätte vom Wirtschaftsminister erwartet zu erfahren, welche Gespräche er geführt hat. – Um 13 Uhr haben wir zusammengesessen. Da konnten wir alles fragen. Da hat der Wirtschaftsminister die Karten auf den Tisch gelegt. Da sind Sie nicht gekommen. Aber hier hinterher die dicke Lippe machen – das ist die Art, wie Sie arbeiten!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Rainer Schmelzner [SPD]: Scheinheilig!)

Das ist schon eine billige Nummer: Redet der Wirtschaftsminister in seinem Themenbereich, dann wird die Ministerpräsidentin angegriffen, weil sie nicht redet. Redet die Ministerpräsidentin, wird der Wirtschaftsminister verspottet, weil er nicht selber reden darf. Und originellerweise wird dann gefragt: Wieso redet der Arbeitsminister nicht?

(Christian Lindner [FDP] schüttelt mit dem Kopf.)

Der Wirtschaftsminister hat – ich muss nicht sein Bauchredner sein; das ist völliger Quatsch –, wenn man das Protokoll der letzten Sitzung liest, nüchtern, ruhig und sachlich beschrieben, was bei Opel zu tun ist.

(Daniel Sieveke [CDU]: Gar nichts hat er gesagt!)

Was zu tun ist, ist hier auch mehrfach gesagt worden.

Wir müssen doch ganz nüchtern bilanzieren: Sie haben eine lautstarke Abteilung für Kavallerie und münsterländisches Brüllen,

(Zurufe von der CDU – Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

aber die Arbeit, die gemacht werden muss, müssen andere hier machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Eine allerletzte Anmerkung: Ich habe auch gelesen, dass die Piraten den Antrag unterschrieben haben, diese Debatte zu führen. Davor muss ja niemand Angst haben. Aber ich habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass Sie nach den Gesprächen mit Opel gesagt haben – das haben die Kollegen eben sehr deutlich gemacht –: Die beiden Fraktionen wussten ganz genau, was beschlossen war, und haben diese Debatte wegen billigen Klamauks inszeniert, um vordergründig gegen die Landesregie-

nung vorzugehen, aber nicht, um in der Sache zu arbeiten. Respekt dafür! – Danke.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Priggen. – Nun spricht für die Fraktion der Piraten Herr Kollege Schulz. Eine Minute und zwei Sekunden, Herr Schulz! Das muss flott gehen.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das geht auch flott. Alle, die hier im Saal sitzen, wollen, glaube ich, eines: Das Beste für Bochum, für Opel erreichen.

(Zurufe von der SPD: Die CDU nicht!)

Da das so ist – das ergeben auch die Reden –, sollte jenseits jeden parteipolitischen Kalküls eine konzertierte Aktion derjenigen Wortführer derjenigen Fraktion, die heute hier geredet haben, ins Leben gerufen werden. Von mir aus, Herr Minister Duin, seien Sie derjenige, der das koordiniert und der hier alle mit in ein Boot – für Bochum, für Opel – nimmt. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal Herr Minister Duin zu Wort gemeldet.

Garrett Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege, es wäre schön, wenn Sie mit Ihrer Vermutung recht haben würden, dass es bei allen so wäre, dass alle nichts anderes im Sinn hätten, als das Beste für Bochum, als das Beste für die Beschäftigten von Opel zu wollen.

Ich nehme das bei aller parteipolitischen Auseinandersetzung 95 % der CDU-Fraktion ab. Aber Herrn Wittke nehme ich überhaupt nicht ab, dass er sich für die Sache einsetzt,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

sondern ihm geht es nur um seinen Bundestagswahlkampf und um sonst gar nichts.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Oliver Wittke [CDU] [mit dem Kopf schüttelnd]: Wie arm!)

So etwas hier abzuliefern, das zeigt, Herr Wittke, dass Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz nicht bei null, wie ich erst sagen wollte, ist, sondern unterirdisch ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Hans-Willi Körges [SPD]: Ja, genau!)

Wie kommt man denn wohl darauf –

(Minister Garrelt Duin führt eine Hand in Richtung Kopf.)

das ist ja unterirdisch –, dass man über die Gespräche ...

(Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD)

– Entschuldigung, keine Gesten! Entschuldigung!

Sie fordern uns in Ihrem Antrag auf, ein ehrlicher Makler und Brückenbauer zu sein. Das habe ich gerade aufgegriffen. Aber das ist doch gleichbedeutend damit, dass man auch Gespräche führt, die eben nicht sofort im Lichte der Öffentlichkeit stattfinden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist doch wohl das Normalste von der Welt, wenn es um Flächen, wenn es um Ansiedlung, wenn es um die optimalen Bedingungen geht. Fordern Sie doch hier nicht etwas, was sich überhaupt nicht umsetzen lässt! Bei aller Liebe!

Im Übrigen: Auch Ihr öffentliches Spekulieren darüber, dass es irgendwelche Verhandlungen mit irgendwelchen Investoren gäbe, torpediert jede Bemühung für eine erfolgreiche Perspektive. Und das kann man nicht zulassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist ja immer der erneute Versuch. Heute Mittag war es der Versuch; die CDU ist nicht dagewesen. Okay, vielleicht kommt sie beim nächsten Mal.

Im Kern unserer Arbeit als Landesregierung gemeinsam mit der Stadt und gemeinsam mit allen, die wirklich etwas wollen, geht es um einen einzigen Punkt, nämlich eine Perspektive für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten bei Opel und auch in dem Warenverteilzentrum zu schaffen. Und dafür arbeiten wir, Tag und Nacht, rund um die Uhr, an jedem Ort in diesem Land! – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Für die CDU-Fraktion hat sich der Fraktionsvorsitzende Laumann noch einmal gemeldet. 59 Sekunden, Herr Laumann!

Karl-Josef Laumann (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Wirtschaftsminister, Sie haben zum Schluss gesagt, Sie arbeiteten Tag und Nacht für Opel. Ich kann nur sagen: Das Ergebnis ist zurzeit mau, und das betrübt uns.

(Beifall von der CDU)

Zweiter Punkt: Es ist doch völlig klar, dass Gespräche geführt werden müssen, die nicht in die Öffentlichkeit gehören.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Aber klar ist auch, dass wir, Landesregierung und Landtag, sehr wohl sagen können: Opel soll auch heute noch zu dem stehen, was im Tarifvertrag niedergeschrieben worden ist, und die Ablehnung nicht zum Anlass nehmen, eine Belegschaft zu bestrafen. Was damals ging, muss auch heute noch gehen. Das darf man sehr wohl laut sagen!

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Selbstverständlich, Herr Minister, wird die CDU-Faktion an Gesprächen – auch an vertraulichen Gesprächen – über Opel teilnehmen. Heute allerdings – das habe ich Ihnen auch geschrieben – hat dieses Gespräch genau zu der Zeit unserer Fraktionssitzung stattgefunden. Ich finde, das kann man dann auch einmal akzeptieren.

(Unruhe bei der SPD)

Ich will hier aber klar sagen: Selbstverständlich nimmt unsere Fraktion an Gesprächen über Opel teil. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Laumann. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind am Ende der Debatte.

Ich möchte die Gelegenheit zu zwei Bemerkungen nutzen:

Erstens. Es war manchmal sehr laut. Ich verstehe das emotional, aber für das Zuhören ist es nicht einfach.

Zweitens. Herr Minister Duin, ich habe es von meinem Platz aus nicht gesehen, aber mir ist signalisiert worden, dass Sie eine zumindest doppeldeutige Handbewegung gemacht haben. – Sie entschuldigen sich. Danke schön. Das passt noch besser als das, was ich sagen wollte.

(Unruhe bei der CDU)

– Ich glaube, jetzt ist es gut, Kollegen. Es ist eindeutig geklärt, angesprochen und vom Minister klargestellt. In emotionalen Debatten wird es manchmal etwas laut, und manchmal ist man mit seinen Bewegungen unter Umständen nicht ganz so koordiniert, wie man sich das selber vorstellt. Ich bitte dafür um Verständnis. Ich glaube, mit der Entschuldigung – danke schön, Herr Minister – ist das klargestellt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Und das ist das Schönste, wenn man im Parlament abstimmen

kann. Wir können jetzt insgesamt acht Mal abstimmen. Das hängt damit zusammen, dass inzwischen Entschließungsanträge vorliegen. Wir haben einmal den Entschließungsantrag der CDU-Faktion Drucksache 16/2809. Weiter liegt ein Entschließungsantrag der FDP-Faktion Drucksache 16/2811 vor. Außerdem ist während der Beratung ein Änderungsantrag Drucksache 16/2812 zum Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/2804 eingegangen. Darüber hinaus ist zu einem Entschließungsantrag getrennte Abstimmung beantragt.

Ich bitte um Konzentration bei den Abstimmungen.

Zunächst stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/2812** zum eigenen Entschließungsantrag Drucksache 16/2804. Wer stimmt dieser Änderung zu? – Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Faktion und Piratenfraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Eine Gegenstimme gibt es noch aus der Piratenfraktion. Gibt es Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen. Der Änderungsantrag ist mit großer Mehrheit **angenommen**.

Wir stimmen nunmehr über den so **geänderten Entschließungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/2804** ab. Wer stimmt zu? – SPD, Grüne und die Piratenfraktion – nicht komplett. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? Bei zwei Enthaltungen aus der Piratenfraktion ist mit Mehrheit der Entschließungsantrag in der geänderten Fassung **angenommen**.

Wir stimmen ab über den während der Beratung zugegangenen **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/2809**. Hierzu hat die SPD-Faktion nach § 41 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung **Einzelabstimmung** beantragt. Die antragstellende Fraktion hat diesem Verfahren zugestimmt. Gibt es noch Bedenken dagegen? – Das sehe ich nicht.

Wer stimmt **Ziffer II.1.** des Beschlussteils zu? – Piraten, SPD, Grüne, CDU. Wer stimmt dagegen? – Einer aus der Piratenfraktion. Wer enthält sich? – FDP. Bei einer Gegenstimme aus der Piratenfraktion und Enthaltung der FDP-Faktion wird Ziffer II.1. unter großer Zustimmung von CDU, SPD, der restlichen Piratenfraktion und Bündnis 90/Die Grünen **zugestimmt**.

Wer stimmt **Ziffer II.2.** des Beschlussteils im CDU-Entschließungsantrag zu? SPD, Grüne, CDU, FDP und Piratenfraktion. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist Ziffer II.2. einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zur Abstimmung über **Ziffer II.3.** des Beschlussteils. Wer stimmt zu? – Teile der Piratenfraktion, CDU-Faktion und FDP-Faktion. Wer stimmt dagegen? – SPD-Faktion, Teile der Piratenfraktion und die grüne Fraktion. Gibt es Enthaltun-

gen? – Ein Teil der Piratenfraktion – ein relativ namhafter Teil – enthält sich.

(Unruhe)

Das ändert aber nichts daran, dass Ziffer II.3. mit Mehrheit **abgelehnt** ist.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den während der Beratung zugegangenen Entschließungsantrag der FDP-Fraktion.

(Widerspruch)

– Ich darf das erklären. Ich habe eine Brille auf, mit der ich fern gut sehen kann. Ich muss ja immer schauen, wie abgestimmt wird. Diese blöde Brille hilft mir aber nach unten wenig. Dann müsste ich sie eigentlich absetzen. Ich muss mir irgendwann einmal eine Brille kaufen, mit der man beides kann. Mal sehen, ob die Sommerpause dafür ausreicht.

(Minister Ralf Jäger geht zum Präsidiumstisch und reicht Vizepräsident Oliver Keymis seine Brille.)

– Danke schön. Das ist ein echter Polizeiminister, ein Freund und Helfer.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich gucke unter der Brille durch und sehe, dass wir logischerweise noch eine Gesamtabstimmung durchführen müssen. Wir kämen ja nicht weiter, wenn wir nur zu einzelnen Ziffern abstimmen.

Wer stimmt in der Gesamtabstimmung dem so **geänderten Entschließungsantrag** der CDU Drucksache 16/2809 zu?

(Unruhe)

Die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Grüne-Fraktion, die SPD-Fraktion und große Teile der Pira-

tenfraktion. Wer stimmt gegen den Antrag? – Niemand. Wer enthält sich? – Es gibt eine Enthaltung. Bei einer Enthaltung ist der Entschließungsantrag in der geänderten Fassung **angenommen**.

Nun stimmen wir ab über den **Entschließungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/2811**, Ihnen auch während der Beratung zugegangen und inzwischen verteilt. Wer stimmt dem FDP-Entschließungsantrag zu? – Die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion und Teile der Piratenfraktion. Durchzählen brauche ich nicht, oder? Das sehe ich auch so. Das ist ein relativ namhafter Teil. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Auch ein relativ namhafter Teil der Piratenfraktion, SPD und Grüne eindeutig. Gibt es Enthaltungen? – Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist der Entschließungsantrag der FDP-Fraktion mit großer Mehrheit im Hohen Hause **abgelehnt**.

Damit haben wir alle Abstimmungen trotz meiner Brillenprobleme durchgeführt. Ich bedanke mich.

Wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** des Plenums findet statt am Mittwoch, den 15. Mai 2013, 10 Uhr.

Ich wünsche noch einen angenehmen Nachmittag.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16:17 Uhr